

Frankreichs Gesellschaft befindet sich im Umbruch. Die Corona-Pandemie des Jahres 2020 hat neue Krisenprozesse hervorgebracht, ebenso aber seit langem bestehende weiter verschärft. Dass ein Großteil der Bevölkerung Frankreichs mit der Regierung und deren Politik unzufrieden ist, zeigte sich an den Protesten der vergangenen Zeit: von der „Nuit debout“ 2016 über die Aktionen gegen die „Rentenreform“ und die Gelbwesten-Bewegung bis zu Kundgebungen gegen Kürzungen der Gelder für Krankenhäuser und gegen rassistische Diskriminierung. Wohin geht die „Grande Nation“?



Inhalt

Johanna Bussemer Frankreich vor dem Ende des Parteiensystems?	3
Mame-Fatou Niang Black Lives Matter!	4
Edouard Morena Der französische Republikanismus	6
Maryam Madjidi Strange times, my dear!	9
Jim Wolfreys Don't you know that you're toxic?	11
Interview: Anne-Cécile Mailfert „Es kann niemals gut für Frauenrechte sein, wenn Frauen mehr Zeit zu Hause verbringen.“	14
Cole Stangler „Wir sind Held*innen wider Willen“	16
Karel Yon Die französische Arbeiterbewegung im Brennpunkt	20
Nessim Achouche Coronakrise, Klimakrise – gleicher Kampf	23
Interview: Ethan Earle „Das ‚gemeine französische Volk‘ hat die Bastionen der Macht fest im Visier“	26
Arif Rüzgar, Andreas Thomsen Merkel und Macron: Ein Hauch von frischem Wind?	28
Heinz Bierbaum Ein Blick auf Frankreich aus linker deutscher Sicht	30

Impressum

info: Frankreich wird herausgegeben von der common verlagsgenossenschaft e.G., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin kontakt@common.berlin

Redaktion Uwe H. Sattler (V.i.S.d.P.), Ethan Earle, Alexandra Spaeth, Andreas Thomsen

Übersetzung Linguanet

Layout Michael Pickardt

Grafik Julie Joseph

Druck BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin

info: Frankreich wird gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro Brüssel, aus Mitteln des Auswärtigen Amtes.

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
BÜRO BRÜSSEL

Editorial

Aufbruch aus der Hölle

Eine Zeit in der Hölle – „Une Saison en Enfer“ – ist ein Meisterwerk des französischen Dichters Arthur Rimbaud. Er verfasste es nach der schmerzhaften Niederlage der Pariser Commune und es wurde ein Werk, in dem er Verzweiflung und Desillusionierung im Nachgang stürmischen Aufbegehrens und bitterer Niederlage verarbeitete. Die Zeit der konservativen Restauration war auch eine Zeit der Auswegs- und einer gefühlten Alternativlosigkeit für den fortschrittlichen Teil des Landes. Und so mögen die Strömungen der französischen Gesellschaft, die dem fortschrittlichen, dem linken Lager zuzurechnen sind, auch heute empfinden. 150 Jahre nach Rimbauds Werk scheint die Fünfte Französische Republik eine neue Zeit in der Hölle zu erleben. Das Land ist so tief gespalten und so instabil wie lange nicht. Präsident Emmanuel Macron hat einen neuen politischen Pol geschaffen, eine Bewegung des Populismus der Mitte. Neoliberal, autoritär und gewiss kein Hoffnungsschimmer für die politische Linke.

Vom traditionellen Parteiensystem der Fünften Republik ist nicht mehr viel übrig, doch die drei politischen Lager, sie alle haben sich radikalisiert, bestehen unversöhnlich fort und stehen in bitterem Handgemenge. Daneben tauchen immer wieder kraftvolle, teils militante und manchmal schwer einzuordnende Protestbewegungen auf. Bereits vor der Corona-Pandemie erlebte Frankreich eine der kraftvollsten Streikwellen der jüngeren Zeit. Die Gelbwesten-Bewegung ist sehr bekannt geworden, aber auch Protestbewegungen wie Fridays for Future, oder zuletzt auch sehr entschlossene Proteste gegen Polizeigewalt und Rassismus, machen im Lande immer wieder von sich reden.

Das politische System des Landes und die politische Debatte sind sehr stark personalisiert. Das ist zweifellos eine Folge der enormen Machtfülle des französischen Präsidenten im präsidentialen System des Landes. 2022 finden die nächsten Präsidentschaftswahlen statt, und somit befindet sich das Land nunmehr in der Halbzeit dieses alles dominierenden Wahlzyklus. Spätestens ab jetzt werden Regierung wie Opposition all ihr Handeln an diesem Ziel orientieren: entweder den Präsidenten im Amt zu halten oder ihn zu ersetzen. Die Schärfe der Auseinandersetzungen und auch der Polarisierung werden zunehmen. Und für alle Lager ist die Situation herausfordernd. Während Pandemie und Wirtschaftskrise muss es der Regierung gelingen, das Heft des Handelns in der Hand zu behalten und zugleich eine Partei, die eigentlich keine ist (gemeint ist hier Emmanuel Macrons Wahlkampfplattform La République en Marche!, Die Republik in Bewegung!), die sich jedoch geschwächt und zerstritten zeigt, in einen siegreichen Wahlkampf zu führen. Die relevanten Oppositionskräfte stehen weit rechts und weit links des Präsidenten. Dabei ist es – nach manchem hoffnungsvollen Aufbruch – immer noch nicht gelungen, eine starke vereinigte Linke ins Feld zu führen. Für die radikale Rechte wiederum kann es nur darum gehen, die Zuspitzung weiter zu treiben, das Klima weiter zu vergiften und zu hoffen, am Ende die Nase vorn zu haben. Und bedauerlicherweise sind ihre Chancen seit dem letzten Wahlgang nicht gesunken.

Französische Politik ist auch zu stabileren Zeiten für Außenstehende nur schwer zu überblicken. In diesen Zeiten jedoch gleicht sie einem Labyrinth. Umso wichtiger ist es gerade für Linke und besonders für die europäische Linke, die Entwicklungen und auch Kämpfe in diesem wichtigen und großen Land zu begreifen. Und nur so wird es möglich sein, mit der französischen Linken zu gemeinsamer Debatte, Aktion und Organisation zu kommen. Und das ist es, was notwendig ist.

Genau darum geht es bei unserer „Zeit in der Hölle“. Es handelt sich dabei um ein Projekt des Brüsseler Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung, nunmehr im zweiten Jahr in Medienpartnerschaft mit der Tageszeitung nd, mit dem Magazin Jacobin aus New York und Ricochet aus Quebec in Kanada. (www.seasoninhell.eu) Wir wollen Fragestellungen und Herausforderungen französischer Politik aus linker und fortschrittlicher Perspektive ins nicht-französische Ausland vermitteln. Es bleibt dabei immer – das liegt in der Natur der Sache – schwierig und auch unvollständig. Und doch sind wir überzeugt, die Beiträge können ihren Teil zum Verständnis französischer Politik leisten, so Dialog ermöglichen und auf diesem Weg Anteil an der Stärkung linker Kräfte in Europa haben. Damit eines doch noch gelingen kann: Ein Aufbruch aus einer Zeit in der Hölle. In Frankreich und auch anderswo.

Andreas Thomsen ist Büroleiter des Büros Brüssel der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Ethan Earle ist Projektkoordinator von „Eine Zeit in der Hölle“ und politischer Berater in Paris.

Frankreich vor dem Ende des Parteiensystems?

Die Erfolge lokaler Bündnisse bei den Kommunalwahlen im Sommer 2020 könnten ein weiterer Meilenstein in der Transformation des Parteiensystems sein. Von **Johanna Bussemer**

Der Einzug von Michèle Rubirola als Kandidatin eines linksgrünen lokalen Bündnisses in das Marseiller Bürgermeisteramt bei den Kommunalwahlen im Juni 2020 war nur deutlichstes Ergebnis einer Entwicklung, die in Frankreich spätestens seit den Präsidentschaftswahlen 2017 ihren Lauf genommen hat: der Auflösung oder zumindest manifesten Transformation des französischen Parteiensystems. Blickt man auf die Entwicklung der französischen Parteien in den drei vergangenen Jahren zurück, zeigen sich mehrere Aspekte, die diese Entwicklung deutlich machen: Zum einen versank die Sozialistische Partei bereits mit der Präsidentschaft Hollandes nahezu in der Bedeutungslosigkeit. Nach den krachend verlorenen Wahlen musste sie sogar ihre historische Parteizentrale verkaufen. Ein Beweis, dass auch traditionelle Volksparteien in Europa nicht davor gefeit sind, an sich selbst zu zerbrechen. Denn den Entwicklungen in der Parti socialiste waren ähnlich erbitterte Machtkämpfe vorausgegangen, wie sie auch die deutsche SPD und die britische Labour-Partei erschüttern. Sie drehen sich letztendlich alle darum, ob die Parteien eher für einen neoliberalen Kurs, der auf Vermittlung zwischen den Akteuren aus Wirtschaft und Konzernen versus Arbeitnehmer*innen und deren Rechte setzen, oder sich als Lobbygruppe für letztere sieht.

Doch die französische Sozialdemokratie ist nicht die einzige Partei, die in den letzten Jahren Bedeutungsverluste hinnehmen musste. Auch die Parti Communiste, die es zwischen den 1950er und den 2000er Jahren auf Ergebnisse zwischen knapp 20 und 10 Prozent gebracht hatte, wurde mit einem Ergebnis von 2,47 Prozent bei den Präsidentschaftswahlen in eine nahezu ähnliche Bedeutungslosigkeit verwiesen. Im Laufe der letzten sieben Jahre hat sich die Anzahl ihrer aktiven Kommunalpolitiker*innen von etwa 30.000 auf 10.000 reduziert. Die Partei konnte weder von den in Frankreich starken linken globalisierungskritischen Bewegungen, noch von der sich in den letzten zwei Jahren formierenden Bewegung der Gelbwesten profitieren.

Glücklicherweise ereilte diese Krise rund um die Kommunalwahlen auch den rechtsextremen Rassemblement National, Nachfolgepartei des Front National. Lange wurde befürchtet, dass dieser als Sieger aus der Schwäche der anderen und einer zunehmend xenophoben und europakritischen Gesamtstimmung aus den Wahlen hervorgehen könnte. Stattdessen gelang es nur einem einzigen weit rechten Bürgermeister, sich durchzusetzen, und auch dieser gewann nur mithilfe eines lokalen Wahlbündnisses.

Schwäche der zu Parteien gewordenen Bewegungen

Zwischenzeitlich sah es so aus als könnten neue Konstellationen, wie Macrons La République en Marche (LRM) oder die linke La France insoumise (LFI), die sich zunächst als Bewegungen oder Bündnisse gegründet haben und sich dann in Richtung von Parteien entwickelten, von der Schwäche der alten Parteien profitieren. Beide stellten neben dem Front National die Präsidentschaftskandidaten in der Stichwahl, die Macron dann für sich entscheiden konnte.

Doch beide Parteien gingen mit schwachen Ergebnissen aus den Kommunalwahlen hervor, so dass Präsident Macron sich zu einer Kabinettsumbildung gezwungen sah. Im neuen Kabinett wird nun versucht, dem starken Wahlergebnis der Grünen bei den Kommunalwahlen gerecht zu werden. Auch hierdurch wird die programmatische Schwäche Macrons deutlich. War République en Marche noch mit dem Versprechen zahlreicher unterschiedlicher Reformvorhaben angetreten, sind bisher nur die neoliberalen Vorhaben, wie die Rentenreform, angegangen worden. Auch La France insoumise konnte bei den Kommunalwahlen nicht an seine Erfolge von 2017 anknüpfen.

Grüne profitieren von Umweltbewegung

Die Grünen (EELV) konnten ihren Weg in die Rathäuser wichtiger Städte wie Marseille, Straßburg, Lyon, Bordeaux fortsetzen und das Bürgermeisteramt in Grenoble verteidigen. Auch die Europawahlen 2019 verliefen für EELV mit einem Gesamtergebnis von 13,4 Prozent relativ erfolgreich. Sie haben jedoch, ähnlich wie ihre deutsche Schwesterpartei, eine komplizierte Auseinandersetzung hinsichtlich ihrer bisherigen Regierungsbeteiligungen im Gepäck. Im Streit um ihre Beteiligung am Kabinett Valls I und II (2015 und 2016) spaltete sich die Partei und bezahlte teuer mit einer Wahlniederlage bei den Parlamentswahlen 2017, bei der sie alle ihre Mandate in der Nationalversammlung verlor. Dieses Auf und Ab auf der nationalstaatlichen Ebene kann darauf hindeuten, dass die aktuellen Erfolge der Grünen zum einen nicht wiederholbar sind, oder zum anderen zu komplizierten Unterstützungs- und Koalitionsverhandlungen bei Präsidentschafts- und Parlamentswahlen führen könnten.

Protestbewegungen finden kaum Platz im Parteiensystem

Sowohl die politisch weder klar rechts noch links ausgerichtete Bewegung der Gelbwesten noch die linken Protestbewegungen der vergangenen Jahre, wie Nuit Debout 2016, haben ihren Platz in der neuen Parteienlandschaft gefunden. Während die linken Protestierenden 2017 wohl am ehesten Jean-Luc Mélenchon unterstützten, verteilt sich ihr Wählerspektrum aktuell auf die beiden linken Parteien, die Grünen und lokale Kandidat*innen der Parti socialiste.

Neue Formen der Repräsentation

Die Entwicklung der politischen Parteien und Bewegungen in Frankreich zeigt, dass sich verschiedene Gewissheiten, wie sicherer Erfolg der Volksparteien bei Wahlen und gradlinige Übertragung von Protestbewegungen in das Agieren politischer Parteien und Akteure, aufgelöst haben. An ihre Stelle treten zunehmend pragmatische und kurzfristigere Bündnisse, die dann auf verschiedenen Ebenen reüssieren können.

Ob die Entwicklungen in Frankreich ein Schlaglicht auf die zukünftigen Entwicklungen der Parteiensysteme in Europa werfen, bleibt abzuwarten.

Johanna Bussemer ist Referatsleiterin Europa der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Black Lives Matter!

Der Frühling der antirassistischen Bewegung in Frankreich. Von **Mame-Fatou Niang**

Mein Name ist Mame-Fatou Niang. Ich bin Regisseurin sowie Dozentin und Wissenschaftlerin an der Universität Carnegie Mellon in den USA. Ich bin Afro-Französin. In meinem Land Frankreich erhitzen sich die Gemüter bei der Forderung nach dieser Identität mit dem Bindestrich: „Madame, die Republik ist eins und nicht teilbar. Eine Identität ist weder an Rasse noch an Religion gebunden!“ Oder: „Erbärmlicher barbarischer Neologismus, kopiert und übernommen vom amerikanischem Rassismus (racisme étatsunien), Ihr Afro-Französentum ist eine Bedrohung für die Integrität Frankreichs“. Hineingeboren in eine Familie mit senegalesischen Wurzeln, aufgewachsen in der Republik und erzogen in der Kultur der schwarzen Diaspora, bin ich schlichtweg eine afro-französische Frau. Als Expertin für Rassismus gegenüber Migrant*innen und der Schwarzen Diaspora in Frankreich arbeite ich daran, die Konturen dieser Thematik in meiner akademischen Tätigkeit und künstlerischen Produktionen zu umreißen.

In den 15 Jahren meiner beruflichen Tätigkeit habe ich noch nie einen solchen Tumult erlebt, der Frankreich nach dem Mord an George Floyd erfasst hat. Dieses neue Gefühl, dieser Eindruck, einem historischen Moment beizuwohnen, wird von vielen Menschen in meinem Umfeld, von zahlreichen Journalist*innen, Forscher*innen, Aktivist*innen und Künstler*innen geteilt. In einer auferlegten öffentlichen Debatte sieht sich Frankreich über einen Zeitraum von acht Wochen mit einer ganzen Reihe von Fragen konfrontiert, denen sich das Land endlich nicht mehr entziehen kann. Die Frage, die im ersten Halbjahr 2020 explosionsartig gestellt wird, ist diejenige nach der Identität Frankreichs, ihren Bestandteilen, ihrer Geschichte und dem Platz der Rasse in der Artikulation einer Vielzahl von Fragen: Wer ist französisch? Wie wurde unser nationales Gedächtnis aufgebaut? Welche Auswirkungen hat es auf heutige Prozesse der Integration und Ausgrenzung aus der nationalen Gemeinschaft?

Die Rassenfrage in Frankreich gerät ins Wanken

25. Mai 2020: Auf einem Bürgersteig in der Stadt Minneapolis drückt ein weißer Polizist sein Knie auf den Nacken eines schwarzen Mannes, der in Handschellen am Boden liegt. Der Mann, George Floyd, bittet bis zu seinem letzten Atemzug: „I can't breathe, man. You gonna kill me.“ Die Bilder dieser Tragödie gehen um die Welt und Floyds letzte Worte werden zu einem Schlachtruf gegen Rassismus und staatliche Gewalt. In einer Situation, die durch die Covid-19-Pandemie noch verschärft wurde, steht der Slogan Black Lives Matter weltweit im Mittelpunkt der aktuellen Nachrichten.

In Frankreich löst der Fall George Floyd die größte antirassistische Bewegung der neueren Geschichte aus und legt rassistische Brüche (fractures raciales) offen, die lange Zeit vom republikanischen Diskurs verborgen wurden. Der dreckige Mord an dem Afroamerikaner ist eine Gelegenheit, die institutionelle Gewalt anzuprangern, insbesondere durch Aktionen des Comité Vérité et Justice pour Adama (Komitee Wahrheit und Gerechtigkeit für Adama), benannt nach dem 24-jährigen afro-französischen Mann, der im Jahr 2016 nach einer Polizeikontrolle sterben musste. In mehreren Städten des Landes fan-

den nach einem Aufruf der Familien der Opfer Demonstrationen statt. Neben den Aktionen des Comité pour Adama, an denen sich regelmäßig zehntausende von Personen beteiligen, gibt es weitere Aktionen auf Initiative der Familien von Gaye Camara, Ibrahima Bah oder Sabri Choubi, allesamt schwarze Franzosen oder Franzosen arabischer Herkunft, die nach einem Zusammentreffen mit der Polizei tot waren.

In einer beispiellosen Bewegung werden die nationalen Nachrichten fast vollständig von diesen Demonstrationen beherrscht und Politiker*innen bis in die höchsten Staatsebenen mobilisiert. Während meine Produktionen außerhalb Frankreichs weit verbreitet sind, stieß ich in Frankreich häufig auf Grenzen, durch die die Förderung von Werken gebremst wurde, die immer noch als „sezessionistisch“ oder „kommunitaristisch“ gelten. In nur wenigen Stunden konnte ich den Einsturz dieser Mauer erleben. Mein Telefon stand nicht mehr still und ich wurde plötzlich von den französischen Medien eingeladen, an Sendungen teilzunehmen oder Kolumnen zu schreiben. Andere Expert*innen für Rassenfragen in Frankreich waren in diesem Zeitraum ähnlich gefragt, was zu einer erheblichen Repräsentation von französischen Menschen mit Minderheitenhintergrund führte – ein Zeichen für den Wandel der Zeit.

Das republikanische Ideal und „race blindness“

Jenseits des großen Erfolgs liegt die wahre Glanzleistung dieser antirassistischen Mobilisierung darin, dass die Rassenfrage die öffentliche Debatte fast acht Wochen lang dominierte. Denn tatsächlich ist es so, dass mit Ausnahme der heftigen Krisen (Unruhen von 2005 und Attentate von 2015) das Thema Rasse in Frankreich tunlichst vermieden wird. Wenn es eine Debatte gibt, dann wird Minderheiten kaum die Chance gegeben, die Debatte zu bestimmen. Rasse existiert nämlich nicht im republikanischen Raum und die Institutionen beharren auf ihrer Unzulänglichkeit zur Erklärung sozialer Ungleichheiten. Die von der Aufklärung und der Revolution von 1789 geerbten Prinzipien markieren die Entstehung einer Nation, die auf einem Vertrag zwischen einer Gemeinschaft von Bürgern beruht. Letztere verkörpern und schützen eine Reihe von Werten und Idealen.

Obwohl unser 21. Jahrhundert uns den Irrtum dieser Überzeugungen vor Augen geführt hat, hält Frankreich an diesen Prinzipien fest. In einem Land, das offiziell farbenblind ist, bestimmt das Schweigen rund um die Rassenfrage unseren Alltag. Es ist fester Bestandteil der Medien, der Kunstwelt und der akademischen Forschung, prägt unsere Sprache, die Schriften der nationalen Erinnerungen und der Geschichte. Und somit fehlt es in der ach so wortreichen französischen Sprache an Begriffen, um die Hinterlassenschaften der imperialen Vergangenheit zum Ausdruck zu bringen. Auch wenn es im Englischen ein nicht unbedeutendes Kontingent an Worten gibt, sollte doch hervorgehoben werden, dass diese Entlehnungen den Verdacht aufkommen lassen, dass damit auch angelsächsische Problematiken übernommen werden. Wenn unsere schöne Sprache, Sockel und Spiegel unserer nationalen Identität, sich nicht die Mühe gemacht hat, „blackness“ zum Ausdruck

Geschichte ist eine Frucht der Macht, aber die Macht selbst ist nie so transparent, dass ihre Analyse überflüssig wird. Das ultimative Kennzeichen der Macht könnte ihre Unsichtbarkeit sein; unsere ultimative Herausforderung, die Enthüllung ihrer Wurzeln.

Michel-Rolph Trouillot, Silencing the Past

zu bringen, dann aus dem Grunde, weil dieser Begriff mit dem republikanischen Raum nicht vereinbar ist. Quod erat demonstrandum.

Das Schweigen über Rassenfragen wird in der akademischen Welt immer ohrenbetäubender. In unseren Universitäten und Forschungsinstituten gibt es zahlreiche Zentren für afroamerikanische und/oder afrikanische Studien, aber wir warten immer noch auf die erste afro-französische Forschungsabteilung. Was die Frage der Amnesie betrifft, so denke ich an einen diskursiven Ansatz für Kolonisation und Sklaverei, aufgebaut wie amerikanische Institutionen, an den Orten und Stellen der französischen Geschichte.

Als wir jung waren, haben wir fast alle „Vom Winde verweht“ gesehen, fast alle „Onkel Toms Hütte“ gelesen. Aber wie viele von uns kennen das Epos um die Rebellin Solitude, die einen Sklavenaufstand in Guadeloupe anführte? Warum fällt es uns leichter, die Sklaverei mit den Baumwollfeldern in Alabama zu verbinden als mit dem Zuckerrohranbau auf den Antillen? Aufgewachsen zu den Schrecken von Jim Crow und in der Bürgerrechtsbewegung, sind uns Martin Luther King und Rosa Parks ein Begriff, aber wie viele Schulkinder in Frankreich haben je von Toussaint gehört? Wie viele wissen, dass Haiti mal eine französische Kolonie war? Diese Verleugnung bildet die Grundlage für einen Alltagsrassismus, der von eben diesen Menschen, die das Wort im Sinne der französischen Interpretation des Begriffs „Rassismus“ verwenden, nicht anerkannt wird und die die Gräueltaten in fremde Länder verbannen. Dieser Rassismus findet sich im Südafrika der Apartheid, in den Äußerungen des Ku-Klux-Klans, in den Massakern von Schulkindern in den Favelas von Rio, soll aber nicht in Verbindung gebracht werden mit dem Land der Aufklärung, der Heimat der Menschenrechte.

In einem bahnbrechenden Vortrag von 1882 entwickelte Ernest Renan die Idee der kollektiven Amnesie als grundlegendes Element für die Schaffung und das Überleben der Nation. Laut Renan beruht die Existenz der Gruppe sowohl auf einem gemeinsamen Erbe als auch auf einem Konsens über die historischen Elemente, die im kollektiven Gedächtnis destilliert werden sollen: „Das Vergessen – ich möchte fast sagen: der historische Irrtum – spielt bei der Erschaffung einer Nation eine wesentliche Rolle, und daher ist der Fortschritt der historischen Studien oft eine Gefahr für die Nation. Die historische Forschung zieht in der Tat die gewaltsamen Vorgänge ans Licht, die sich am Ursprung aller politischen Gebilde, selbst jener mit den wohlthätigsten Folgen, ereignet haben. Die Vereinigung vollzieht sich immer auf brutale Weise.“

Wenn sich eine kohärente kollektive Identität herausbilden soll, müssen strittige Episoden vergessen werden. Dieser Ansatz erklärt die Auslöschung des Rassenbegriffs, trotz der zentralen Rolle, die dieser Begriff für die Entwicklung des modernen Europas spielte. Rückgrat dieser freiwilligen Amnesie bietet der Widerwille Frankreichs, sich mit den Hinterlassenschaften seiner imperialen Vergangenheit auseinanderzusetzen. Und diese Amnesie bietet dem institutionellen Rassismus ein solides Fundament. Die Mobilisierungen vom Frühjahr 2020 haben uns die Notwendigkeit vor Augen geführt, die blinden Flecke unserer Geschichte zu beleuchten, die Fehler des republikanischen Ideals zu hinterfragen, um etwas Gemeinsames zu schaffen, ein echtes universelles Narrativ, das eine Vielzahl von Perspektiven widerspiegelt.

„Universeller“ Antirassismus versus „rassialistischer“ Antirassismus: Frankreichs eigener Krieg der Worte

Die Ereignisse dieses historischen Frühlings haben die Existenz von zwei gegensätzlichen Lagern deutlich gemacht: einerseits die „universalistischen“ oder „republikanischen“ Antirassisten und andererseits die (in Ungnade gefallenen) „rassialistischen“ (antiracisme racialiste), „indigenistischen“ oder, mit den Worten von Präsident Emmanuel Macron selbst, „separatistischen“ Antirassisten. Angesichts der geringen Mobilisierung seitens der traditionellen antirassistischen Organisationen (Licra, SOS

Racisme) und der Welle neuer Bewegungen, die in den Arbeitervierteln, bei den jungen Französischen und Franzosen und in den sozialen Medien fest verankert sind, wird es in der öffentlichen Debatte ein Kanonenfeuer auf den Antirassismus 2.0 geben, einem Feind, der für die Republik genauso gefährlich ist wie die weiße Vorherrschaft, die sie vorgibt zu bekämpfen. Durch Aufwühlen des Staubs der Vergangenheit unterminiere dieser Antirassismus das Fundament unserer Gesellschaft und flöße ihr das Gift des Identitarismus ein. Politik und Medien werden gemeinsam Alarm schlagen gegen die Gefahren einer wachsenden – aus den USA importierten – Rassifizierung (racialisation).

Dieses vergebliche Aufeinanderprallen zweier Formen des Antirassismus wirft ein Schlaglicht auf die postkoloniale Melancholie, die Frankreich erfasst hat: die Unfähigkeit, sich mit der langen Geschichte des Rassismus (histoire raciale) unseres Landes auseinanderzusetzen und als solche die Gegenwart zu akzeptieren, die aus dieser Geschichte geboren wurde. Es zeugt ebenfalls von der Leugnung unserer langen rassistischen Vergangenheit und den Auswirkungen dieser Amnesie auf die sehr wohl französische Schaffung rassialisierter Identitäten (identités racialisées), die durch die universelle Ordnung verdeckt wurden. Mein Frankreich ist weder das von Colbert noch das von Napoleon. Warum sollte also dieses Frankreich durch dieselbe Linse betrachtet werden, erstarrt in einem überholten Universalismus, in dem es angeblich keinen Rassismus gibt? Mein Land weicht seinem Spiegelbild aus und versteckt sich hinter einem Ideal, in dem die republikanischen Werte verödet sind. Warum sollte ich mich zwingen, in einer Welt zu leben, in der die Realität durch universelle Beschwörungsformeln und Ideale ersetzt wird? In dieser Welt wahrte die universelle Ordnung eine Unschuld, eine Ignoranz und Arroganz, die allem anderen den Raum nimmt. Es sind genau diese Überzeugungen, die durch die Proteste der Bevölkerung im Frühjahr 2020 in Frage gestellt werden.

Die Konzentration auf Arbeiterviertel und die Verbindung von sozialen Fragen mit Polizeigewalt als ihrem gemeinsamen Nenner zeugen von dem Willen, sich den wirklichen Herausforderungen eines krisengeschüttelten Frankreichs zu stellen. Unter den Menschenmengen dieses Frühjahrs finden sich an der Seite der Opfer von Polizeigewalt auch Unterstützungsgruppen für Geflüchtete, Personal aus dem Gesundheitssektor, LGBTQI+-Bewegungen, Ökolog*innen, Feminist*innen, Studierende und/oder Bürgerinitiativen sowie verschiedene linke Bewegungen. Antirassismus 2.0 markiert definitiv sowohl einen Bruch mit einer Linken, die nicht in der Lage war, ins Herz der Arbeiterviertel vorzudringen, als auch das erste Mal, dass die Frage der staatlichen Gewalt gegen rassialisierte Körper (corps racialisé) als gemeinsamer Nenner für verschiedene soziale Kämpfe diente.

Ich bin afro-französisch. Ich bin kein armseliges Imitat, das im Zusammenhang mit der postkolonialen Migration in ein europäisches „gelobtes Land“ an die französische Küste gespült wurde. Meine Geschichte ist auch diejenige Frankreichs, die seit 1659 geschrieben worden ist, als Saint-Louis an der Mündung des Flusses Senegal als erste Siedlung des französischen Kolonialreiches in Afrika gegründet wurde. Wenn wir die Grundlagen für eine gerechtere Gesellschaft schaffen wollen, muss diese Geschichte erzählt werden. In diesem Sinne ist die Demokratisierung des Universellen, die von den neuen antirassistischen Bewegungen getragen wird, eines der größten Projekte des „Frankreichs danach“.

Ich gehöre einer Generation von Französischen und Franzosen an, die seit langem die durch den universellen Mythos auferlegte Unsichtbarkeit erfahren haben. Weit davon entfernt, sezessionistische Neigungen zu verschleiern, spiegeln unsere Kämpfe heute eine sehr reale Forderung wider, die wir an die Französische Republik stellen.

Mame-Fatou Niang ist Regisseurin, Wissenschaftlerin und Dozentin und an der Universität Carnegie Mellon in den USA.

Es wird darauf hingewiesen, dass es hier nicht um das Bild der Rasse als biologische Kategorie geht, sondern um eine Kategorie der Vorstellung, geprägt durch die Aufklärung und weitergeführt durch den Kolonialismus. Sie hat unsere westlichen Gesellschaften strukturiert und strukturiert diese weiterhin stark. Ihre Pseudo-Auslöschung aus dem institutionellem französischen Vokabular hat sie nicht aus den Köpfen verbannt. Die Rasse fungiert als operative Kategorie im nationalen Bereich.

Der französische Republikanismus

Ein Konzept und seine umstrittene Bedeutung in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Von **Edouard Morena**

Das Konzept der „Nation“ und das der „Republik“ sind in Frankreich tief miteinander verwoben. Französin oder Franzose zu sein, bedeutet immer auch, eine republikanische Grundhaltung zu vertreten. Der Begriff der Republik ist allgemein ein Synonym für ein politisches System und dessen Institutionen, für einen historischen Moment (die Französische Revolution von 1789), für ein Ideengebäude (die Philosophie der Aufklärung, der politische Liberalismus, die Menschenrechte, die Laizität), für Symbole (die Trikolore, der Nationalfeiertag und somit der Sturm auf die Bastille, die Marseillaise) und für universelle Werte (liberté, égalité, fraternité).

Allerorts finden sich Hinweise auf die republikanische Identität: von Straßennamen über Klassenzimmer in Schulen bis hin zu den Fassaden öffentlicher Gebäude. Erst vor kurzem verabschiedete das französische Parlament einen Änderungsantrag, gemäß dem die Trikolore, die Marseillaise und die Prinzipien der Republik – liberté, égalité, fraternité – in allen Klassenräumen anzubringen sind. Neben den unzähligen visuellen Darstellungen ist der öffentliche Diskurs mit republikanischen Bezügen gespickt. Die Politiker*innen Frankreichs sind sehr versiert darin, Parteinamen (Les Républicains, La République en Marche!) und Reden durch Konzepte wie „ordre républicain“ (republikanische Gesellschaftsordnung), „école républicaine“ (republikanische Schule) und „police républicaine“ (republikanische Polizei) zu „republikanisieren“.

Aufgrund des ihnen innewohnenden Universalismus verschreiben sich Progressive und Linke seit langem dem Prinzip der Republik: dem Versprechen einer Nation, all ihren Mitgliedern gleiche Chancen in Bezug auf Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu sichern. Dabei wurde der Begriff der Republik in der französischen Geschichte stattdessen viel zu häufig verwendet, um andere zu unterdrücken, die sozialen Ungleichheiten zu verstärken und die Gesellschaft zu spalten.

Die französische Ausnahme

Die Verschmelzung der Nation mit der Republik gründet auf einem fundamentalen Spannungsverhältnis. Zum einen werden die republikanischen Wurzeln des Landes und seine republikanische Identität – durch Kultur, Bildung, politischen Diskurs – eingesetzt, um Frankreich und das französische Volk von anderen Nationen und Völkern abzuheben. Die Assoziation des Landes mit den Ereignissen im Jahr 1789 und sein Status als Geburtsstätte des politischen Liberalismus werden als Kernaspekte der „französischen Ausnahme“ dargestellt. Die Bezugnahme Frankreichs auf den Republikanismus ist in der Folge eine wichtige Quelle für den Stolz auf die Nation und untermauert den Glauben an eine gemeinsame Bestimmung und zuweilen an die eigene Überlegenheit: Die Vorstellung, in der Weltgeschichte als Hüter und Fahnenträger von republikanischen Grundsätzen und Werten agieren zu müssen.

Die Theorie der „französischen Ausnahme“ fand in der Zeit nach den Terroranschlägen in Paris auf die satirische Wochenzeitschrift Charlie Hebdo und den Hyper Cacher-Supermarkt im Januar 2015 wieder Verwendung. Als Reaktion auf die Attacken wies der damalige Präsident François Hollande auf den Begriff der französischen Besonderheit hin: „Heute wurde die

Republik angegriffen. Die Republik steht für Meinungsfreiheit. Die Republik steht für Kultur, für Schöpfergeist, für Pluralismus und für Demokratie. Und genau darauf haben es die Mörder abgesehen. Auf das Ideal von Frieden und Gerechtigkeit, für das sich Frankreich stets auf der Weltbühne stark macht.“

In Reaktion darauf wurde auf internationaler Ebene eben dieses Bild von Frankreich als Schützer universeller Werte und Ideen wiederaufgenommen. Barack Obama, seinerzeit US-Präsident, erklärte seinerseits: „Dies ist nicht nur ein Angriff auf Paris, nicht nur auf das französische Volk, sondern ein Angriff auf alle Menschlichkeit und alle universellen Werte, für die wir gemeinsam eintreten.“

Solche Reaktionen verdeutlichen, dass das, was Frankreich so besonders macht, gleichzeitig eine Brücke zu anderen Nationen und Völkern schlägt, da die Prinzipien, Anschauungen und Werte, auf denen die Französische Republik gründet, zumindest theoretisch universell sind. Die Werte Frankreichs sind weder auf ein Volk noch auf einen geografischen Standort begrenzt, sondern transzendieren nationale Grenzen, Kulturen, Religionen, Geschlechter, Rassen und sexuelle Orientierungen. Dieses Nichtwahrnehmen von Unterschieden impliziert zudem, dass die Republik theoretisch keine Gruppen oder Gemeinschaften, sondern ausschließlich einzelne Bürgerinnen und Bürger anerkennt.

Geschichte eines „mot voyageur“

Das Spannungsverhältnis zwischen der „Republik als Nationalstaat“ und der „Republik als universelles Wertesystem“ stand im Mittelpunkt der sukzessiven sozialen und politischen Konflikte im modernen Frankreich. Die Französische Revolution bildete den Auftakt zu einer Reihe von Krisen und Kämpfen, um zunächst die Republik (von 1789 bis 1875) zu „normalisieren“ und im Weiteren, um (ab 1875) eine Auslegung festzulegen, was es bedeuten sollte, „republikanisch“ und folglich „französisch zu sein“. Wie Claude Nicolet es treffend in „L'idée républicaine en France“ darlegt, ist das Wort „Republik“ ein mot voyageur, ein Wanderwort. Denn dieser Begriff wird seit jeher mit einer großen Vielfalt von Klasseninteressen, Anschauungen und politischen Vorhaben in Verbindung gebracht. Wie er schreibt, gibt es: „Republiken der Girondisten, der Montagnards, der Thermidorianer, direktoriale, cäsarische, imperiale Republiken. Eine Republik der Herzöge sowie (um auf die Titel bekannter Bücher zu verweisen) eine Republik von Genossen, Ausschüssen, Professoren, von Abgeordneten; es gibt die Republik im Dorf, die ländliche Republik, die Republik der Pariser Kommune; die konservativen, opportunistischen, liberalen, radikalen, demokratischen Republiken; eine Republik des Bürgertums sowie eine soziale und sozialistische Republik.“

Die „Normierung“ der Republik im Verlauf der 1870er Jahre, welche in der Gründung der Dritten Republik mündete, scheint – zumindest vorerst – die von Nicolet beschriebene fundamentale Ambiguität überwunden zu haben. In dem Zeitraum von der Zerschlagung der Pariser Kommune (1871) bis zum Ersten Weltkrieg bildete sich ein „republikanischer Kompromiss“ heraus, durch den die „zentralen Werte des Republikanismus von einer radikalen Randgruppe auf ein konsensuelles Zentrum



Die Illustrationen dieser Ausgabe wurden von **Julie Joseph** speziell für diese Zeitung geschaffen. Sie ist Illustratorin und realisiert Animationsfilme. Sie lebt und arbeitet in Brüssel. www.julie-joseph.com

der französischen Politik übergangen". Die „Opportunistische Republik“ des Bürgertums der 1880er und 1890er Jahre trieb die Idee der Nation voran, und war, wie Tyler Stovall schreibt, „gleichzeitig historisch spezifisch und universell“. Er erläutert diesbezüglich, dass „die Republikaner im Frankreich Ende des 19. Jahrhunderts ein Vermächtnis, nämlich das der Revolution, hatten, welches die Nation geformt und den Menschen das Recht und die Fähigkeit gegeben hatte, ihre eigene nationale Identität auszuwählen. Dieses Vermächtnis war im Grunde jedoch ein universalistisches Erbe, das auf dem globalen Verständnis der Menschenrechte und deren Gültigkeit für alle Völker basierte.“

Der „republikanische Kompromiss“ wurde von den „opportunistischen“ oder „bürgerlichen“ Republikanern (wie Jules Ferry und Léon Gambetta) geprägt, deren Auffassung zufolge das Überleben der Republik von ihrer Fähigkeit abhängen würde, sich die Unterstützung der großen ländlichen Bevölkerungsschichten Frankreichs zu sichern, die traditionell Anhänger der Royalisten und der klerikalen Kräfte waren. Diese Gruppe vollzog im Folgenden einen Rechtsdruck der Republik durch die Wiederaneignung und „Republikanisierung“ konservativer Anschauungen – vor allem zur Gesellschaftsordnung – und durch die Gewinnung traditionell konservativer und anti-republikanischer Wählerschaften.

Dabei bemühte man sich insbesondere um einen Rückhalt in der ländlichen Bevölkerung Frankreichs, indem das „Bauerntum“ und die mit ihm verbundenen Werte und Vorstellungen als von Natur aus französisch und authentisch republikanisch angesehen wurden, und zwar zum Schaden der städtischen, industriellen und eher im linken Spektrum verorteten Arbeiterklasse. Jules Ferry sprach dazu die bekannten Worte: „Die Republik wird die Republik der Bauern sein oder es wird sie nicht geben“.

Im Anschluss daran wurde die Republik mit einer Reihe von Symbolen des Bauerntums assoziiert. Die „Säerin“ von dem gleichnamigen Gemälde Oscar Rotys (1897) wurde auf 50-Centimes-Münzen geprägt; es wurden Museen eingerichtet, um ein „wahres Frankreich“, ein „ewiges Frankreich“, ein Frankreich der Dorftürme und der „ewigen Ordnung der Felder“ zu zelebrieren. Dieses Frankreich sollte das Land der kleinen Bauern und Handwerker sein, die entschieden für die „grande nation“ eintraten und die gleichzeitig, tief in ihren „petites patries“ (kleinen Ländereien) verwurzelt, mit Stolz auf ihre örtliche Folklore, ihre Traditionen und Sprachen blickten.

Verankerung des neuen „republikanischen Kompromisses“

Der Entwicklung einer freien, obligatorischen und weltlichen Bildung in den 1890er Jahren kam eine entscheidende Rolle bei der weiteren Verankerung dieses neuen „republikanischen Kompromisses“ in den politischen, kulturellen und alltagsgeschichtlichen Zusammenhängen Frankreichs zu. Das Lehrpersonal jeder Stadt und jedes Dorfes brachte den Schulkindern nicht nur Lesen und Schreiben bei, sondern verwandelte sie durch staatsbürgerliche Erziehung ebenfalls in „gute Bürger“, die dem republikanischen Regime und dem Vaterland treu verhaftet waren. Der Geschichtsunterricht leistete dazu natürlich einen maßgeblichen Beitrag.

Wie Suzanne Citron in ihrer beachtenswerten Analyse über die Geschichtslehre seit dem 19. Jahrhundert schrieb, wurde Kindern eine romantisierende Version Frankreichs vermittelt, welche „eine religiöse Liebe zum Vaterland mit dem Kult der Revolution“ verband. Anstatt als historischer Einschnitt wurden die Revolution von 1789 und die nachfolgende Republik als die logische/natürliche Folge eines ruhmvollen „roman national“ (einer nationalen Geschichte) dargestellt, mit Wurzeln

*Ich träumte von
Kreuzzügen, von
Entdeckungsreisen,
über die es keine
Berichte gibt, von
Staaten ohne
geschichtliche Über-
lieferung, von nieder-
geschlagenen
Religionskriegen, von
Wanderungen der
Völker und Kontinente:
ich glaubte an alle
möglichen Zaubereien.*

Arthur Rimbaud,
„Eine Zeit in der Hölle“

bis in die Antike und bis zu den Galliern. Gleichzeitig diente diese Art der Geschichtslehre dazu, alternative Ansätze zur Republik klein zu halten, zu delegitimieren und zu unterdrücken, und zwar insbesondere die Bemühungen zur Implementierung eines sozialen und demokratischen Republikanismus (wie in den Jahren 1848 und 1871).

Im europäischen Kontext des späten 19. Jahrhunderts, den die Entstehung einer industriellen und in weiten Teilen städtischen Arbeiterklasse prägte, wurde dieser Ansatz zusehends darauf ausgerichtet, vor dem Ausbreiten sozialistischer oder anarchistischer Ideen zu warnen, statt die Rückkehr reaktionärer, antirepublikanischer und zunehmend antisemitischer Kräfte zu verhindern. Bildung wurde für die bürgerlichen Republikaner zu einem wichtigen Machtinstrument, um die soziale Ordnung und politische Stabilität zu wahren und letztlich ihre Klasseninteressen zu sichern.

Neben der Schaffung einer Grundlage für die Gesellschaftsordnung in Frankreich wurden republikanische Symbole und Anschauungen genutzt, um die Bestrebungen Frankreichs, sich als Kolonialmacht zu etablieren, zu rechtfertigen und nationalistische/patriotische Gefühle zu verstärken. Ende des 19. Jahrhunderts, als der Nationalismus europaweit an Zugkraft gewann und sich die Spannungen zwischen Frankreich und Deutschland verschärften, wurde der französische Kolonialismus nicht nur durch strategische und wirtschaftliche, sondern auch durch moralische Beweggründe legitimiert. Jules Ferry argumentierte 1894 wie folgt: „Die höheren Rassen haben ein Recht, weil sie eine Pflicht haben. Sie haben die Pflicht, die unteren Rassen zur Zivilisation zu führen. [...] In der Geschichte früherer Jahrhunderte wurden diese Pflichten, meine Herren, häufig missverstanden; und als die spanischen Soldaten und Entdecker die Sklaverei in Mittelamerika einführten, kamen sie ihrer Pflicht als Männer einer höheren Rasse sicherlich nicht nach. [...] In unserer Zeit aber halte ich daran fest, dass europäische Nationen diese Pflicht einer überlegenen Zivilisation mit Großzügigkeit, Würde und Aufrichtigkeit erfüllen.“

Die Republik und die moderne Rechte

Obleich (mehrheitlich) keine Bezugnahmen mehr auf die „Rasse“ gemacht werden und der Begriff durch „Kultur“ ersetzt wurde, beeinflusst das grundlegende Konzept der französischen und europäischen Überlegenheit und eine „zivilisierende Pflicht“ weiterhin den aktuellen politischen Diskurs. Die extreme Rechte habe sich seit jeher dieser Neigung verschrieben und immer mehr Kräfte der rechten Mitte machen sich diese Anschauung ebenfalls zu eigen. Wenn der führende französische Innenminister Claude Guéant erklärte, dass „alle Zivilisationen, alle Praktiken, alle Kulturen im Licht unserer republikanischen Grundsätze nicht den gleichen Wert haben“ (2012), oder wenn Ex-Präsident Nicolas Sarkozy ausführte, dass die „Tragödie Afrikas“ darin besteht, dass „der afrikanische Mann nicht ausreichend in die Geschichte eingegangen ist“ (2007), sind sie damit effektiv in die Fußstapfen von Jules Ferry getreten.

Wie in den 1890er Jahren ist ihre Wortwahl politisch motiviert. Durch ihre Ausrichtung auf kulturelle und zivilisatorische Unterschiede stilisieren Guéant und Sarkozy breite Teile der französischen Bevölkerung zum Sündenbock, die angesichts ihrer außereuropäischen Herkunft und Kultur sowie ihrer jeweiligen religiösen Glaubenssätze und Praktiken nicht der vorherrschenden Vorstellung von „französisch sein“ entsprechen (wobei sich diese Vorstellung, wie bereits ausgeführt, einem sehr traditionellen und konservativen Ideengut sowie einer mythologisierten Geschichte bedient). Folglich sind Menschen mit afrikanischer oder nordafrikanischer Abstammung, welche die französische Staatsangehörigkeit besitzen, in den Augen vieler im rechten und extrem rechten politischen Lager nicht automatisch auch „französisch“. Im Gegensatz zu den „Français de souche“ (alteinheimische Franzosen) müssen sie ständig den Nachweis für ihre „Frenchness“ erbringen, indem sie ihre republikanische Anschauung offen bekunden.

Die französischen Rechten und die extreme Rechte bedienen sich der Republik als Instrument für Ausschluss und Marginalisierung statt für eine Eingliederung in die Gesellschaft. Die Republik – wie die wachsende „Republikanisierung“ der rechtsextremen Partei Front/Rassemblement National zeigt – wird zunehmend als Mittel eingesetzt, um eine rassistische, fremdenfeindliche und islamophobe Agenda voranzutreiben und zur Normalität zu erheben. Ein bezeichnendes Beispiel dafür ist das französische Gesetz vom 23. Februar 2005, dem zufolge die Lehrpläne der „positiven Rolle der französischen Präsenz im Ausland, insbesondere in Nordafrika“ Rechnung tragen müssen. Nur zwei Monate später erinnerte uns das französische „Gesetz über Leitlinien und die Planung der Zukunft des Schulwesens“ an die historische disziplinierende Rolle der Republik in solchen Prozessen mit dem Wortlaut: „Zusätzlich zur Vermittlung von Wissen setzt die Nation als Hauptaufgabe der Schule fest, den Schülern die Werte der Republik zu vermitteln.“

Ein weiteres Beispiel dafür, wie die Republik als eine vermeintlich universalistische Institution und de facto als ausschließendes Medium verwendet wird, war der Beschluss des französischen Parlaments im Jahr 2004, das Tragen von ostentativen religiösen Symbolen in öffentlichen Grund- und weiterführenden Schulen zu untersagen. Während die Befürworter*innen dies als Wahrung des republikanischen Grundsatzes der laïcité (dieses Argument wurde durch den Einwand widerlegt, dass die Laizität, wie im Gesetz von 1905 festgelegt, nicht die Unterdrückung von Glaubensüberzeugungen zum Gegenstand hat, sondern vielmehr das Recht der Menschen schützen soll, frei eine Religion ihrer Wahl auszuüben) oder Säkularität unterstützten und somit das Vermögen der Schulen zur Vermittlung republikanischer Werte schützen wollten, ging es für viele bei dieser Entscheidung darum, eine überwiegend weiße, männerdominierte „mode de vie à la française“ (französische Lebensweise) vor „importierten“ oder „ausländischen“ religiösen und kommunitaristischen Bedrohungen zu bewahren.

In diesem wie in so vielen anderen Fällen – von der gleichgeschlechtlichen Ehe bis zum Burkini, von Sport-Hijabs bis zum Verkauf von Halal-Fleisch in Fastfood-Restaurants – dient die Republik als Vorwand für Diskriminierung und Ausgrenzung. Insbesondere in jüngster Zeit immigrierte Menschen und vor allem junge muslimische Frauen sind mit einer Zwickmühle konfrontiert: Sie werden der Nichtintegration einer Republik bezichtigt, die sich indessen in keiner Weise um die Integration bemüht und auf vielerlei Arten faktisch versucht, die Immigrant*innen auszugrenzen.

Eine Republik, für die es sich zu kämpfen lohnt

Angesichts der zentralen Bedeutung des Begriffs der Republik in der Politik und Gesellschaft Frankreichs – und unter gleichzeitiger Anerkennung der historischen Verwendung und der zunehmenden Inanspruchnahme durch reaktionäre Kräfte – stellt sich den Linken die Frage, ob sich der Kampf für diese Republik weiterhin lohnt. Ich bin fest davon überzeugt.

Aus diesem kurzen geschichtlichen Überblick zum Konzept der Republik lässt sich insbesondere ableiten, dass die Auslegungen dieses Begriffs nicht in Stein gemeißelt sind, sondern sich vielmehr im Zuge politischer Auseinandersetzungen und deren Folgen entwickelt haben. Um diesen Kampf zu gewinnen, muss die Linke die Debatte grundlegend in eine andere Richtung lenken, statt sich an den Diskussionen gemäß der bestehenden Leitlinien zu beteiligen. Wichtig dabei ist der Rückblick auf eine Vergangenheit, in der die Republik für religiöse Toleranz und nicht für religiöse Vorurteile stand, in der die Republik nicht soziale Ungleichheit und Ausgrenzung meinte, sondern soziale Gerechtigkeit und libération (Befreiung) verkörperte.

Edouard Morena ist Dozent der Politikwissenschaften an der University of London Institute in Paris (ULIP).



Strange times, my dear!

Frankreich ist nicht mehr das Aufnahmeland, an das einige gerne glauben möchten.

Von **Maryam Madjidi**

Der Vers in der Spalte – „Seltsame Zeiten, mein Liebling.“ – ist der erste eines Gedichts, das der bedeutende iranische Dichter Ahmad Shamlou im Juli 1979, einige Monate nach der Errichtung der islamischen Republik im Iran, schrieb. Die misslungene Revolution verwandelte das Land für die iranische Bevölkerung in ein noch größeres Gefängnis. In einen Albtraum, der Hunderttausende ins Exil trieb. Ahmad Shamlou verließ uns im Jahr 2000, zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Dieser Vers, der vor 40 Jahren in einer anderen Sprache, einem anderen Land, einem anderen, von Frankreich weit entfernten Kontext geschrieben wurde, hallt heute tief in meiner Seele wider.

Ich lebe seit 1986 in Frankreich. Als ich sechs Jahre alt war, beschlossen meine Eltern, in ein Land auszuwandern, das sie das „Land der Menschenrechte“ nannten. Ein Land, das uns schützen und unsere Grundrechte garantieren würde, die im eigenen Land mit Füßen getreten wurden. Ich fragte meine Eltern als Jugendliche, warum sie sich für Frankreich entschieden hatten. Meine Mutter antwortete mir: wegen Simone de Beauvoir. Die Antwort meines Vaters lautete: für die Philosophen der Aufklärung.

Heute, im Alter von 39 Jahren, erkenne ich dieses Land nicht wieder, das uns seine Grenzen geöffnet und uns Schutz, Aufnahme und Zuflucht gewährte. Die Situation im Jahr 1986 war eine andere, wird man mir sagen. Die Welt war nicht dieselbe. Frankreich war nicht das, was es heute ist.

Seltsame Zeiten, Freund Shamlou.

Auch du würdest dieses Land, dieses Europa, diese Welt und deine Mitmenschen nicht wiedererkennen. Frankreich und Europa scheinen von einer alten Krankheit heimgesucht zu sein, einer alten und hartnäckigen Krankheit, die ich Ultrationalismus, Rechtsextremismus, Abschottung in die eigene Kultur und hemmungslosen Rassismus nenne. Sie alle gedeihen auf dem Nährboden der Unwissenheit und der menschlichen Dummheit.

Die Ausländerin, die ich ursprünglich ohne ein Wort Französisch zu sprechen in diesem Land war, wurde allmählich französisch, europäisch, verliebte sich in die französische Sprache und Literatur, schrieb in dieser Sprache, entdeckte die Welt in dieser Sprache, diesem unermesslichen Schatz, der meine einzige Heimat ist.

Seltsame Zeiten, meine Schwestern und Brüder im Exil.

Heute zeigt man mit Fingern auf euch, ihr, die ihr bis zu uns gelaufen seid, die ihr den Tod für ein würdiges und freies Leben riskiert habt, ihr, die keine anderen Ambitionen als die Hoffnung auf ein besseres Leben habt. Unabhängig davon, ob ihr wirtschaftliche, politische oder Klimageflüchtete seid, ihr dient für alle Übel und Nöte Europas als neue Sündenböcke. Ihr seid verdächtig, dubios, gefährlich und ich leide mit euch, denn ihr haltet uns einen Spiegel vor, in dem wir uns für uns selbst schämen müssen.

Am 7. Oktober 2019 fand im französischen Parlament eine Debatte zum Thema Einwanderung statt. Merkwürdige Bezeichnung, eine „Debatte“ über Einwanderung. So als ob Immigration ein Thema der Rhetorik wäre, das wir befürworten oder ablehnen könnten. Sind Sie für oder gegen die Missstände in der Welt? Sind Sie für oder gegen Krieg? Sind Sie für oder gegen die Verfolgung von Menschen durch andere? Sind Sie dafür oder dagegen, dass eine Person medizinische Versorgung benötigt? Sind Sie für oder dagegen, dass sich ein Mensch bessere Lebensumstände, einen höheren Lohn, eine verbesserte Rente wünscht?

Es liegt indessen klar auf der Hand, dass es sich hierbei nicht um eine Debatte handeln konnte, sondern um den ewigen Ohrwurm, den die Regierung bis zum Überdruß wiederholt, wenn sie von den echten Problemen, die dieses Land schwächen, ablenken und sich ihnen nicht stellen will. Eine „Debatte“ über Einwanderung anstelle einer echten Diskussion und konkreter Maßnahmen zur Rettung von Krankenhäusern, Schulen, Renten, zur Bekämpfung des Anstiegs der Obdachlosenzahl, der Studierendenarmut, der Femizide? Nein, natürlich nicht, denn es ist so viel einfacher und strategisch vorteilhafter, die Probleme auf Einwanderer*innen, Migrant*innen ohne Papiere, Asylbewerber*innen, auf all diejenigen abzuwälzen, die zu uns kommen, weil ihnen in ihren Ländern Arbeit, medizinische Hilfe und Schutz fehlen. Der Sündenbock trägt die Schuld, er ist der Feind.

Seltsame Zeiten, mein Liebling.

Wir verlängern heute die Frist, nach der Asylsuchende ärztliche Versorgung erhalten, in der Hoffnung, die medizinische Hilfe nie bewilligen zu müssen. Es ist eine Schande! Wie man uns sagt, werden Schwindler, Betrüger, Profitgeier, unehrliche Men-

In dieser krummen Gasse, in diesen Windungen der Kälte entfachen sie das Feuer mit Gedichten und Liedern als Brennmaterial Riskiere nicht das Nachdenken, Seltsame Zeiten, mein Liebling.

Ahmad Shamlou,
„In dieser Sackgasse“

schen zu uns kommen, um sich hier – während eines reizenden Aufenthalts – im Rahmen des „Medizintourismus“, wie die Regierung dies nennt, medizinisch behandeln zu lassen.

Die Gesundheitsministerin sucht den Fehler bei Menschen aus Georgien und Albanien. Morgen wird die Regierung auf andere Nationalitäten, andere Herkunftsländer, andere Staaten mit dem Finger zeigen, und die Liste wird sich verlängern, wird sich erweitern und immer ausgrenzender werden. Die französische medizinische Versorgung muss man sich verdienen. Um in ihren Genuss zu kommen, müssen Sie dem Tod ganz nahe sein, denn die Notfallversorgung wird stets vor diesem letzten großen Termin gewährt. Das ist ein schwacher Trost, denn es stellt sich die Frage, nach welchen Kriterien der jeweilige Notfall beurteilt wird. Abgewiesenen Asylsuchenden wird der Krankenversicherungsschutz statt zwölf nur noch sechs weitere Monate gewährt.

Wie ist diese Maßnahme zu verstehen? Handelt es sich dabei um ein Beispiel für die „Standhaftigkeit“, von der der Präsident sprach? „Standhaftigkeit“ und „Effizienz“ sind in aller ministeriellen Munde und blenden einen anderen Begriff aus – den der Menschlichkeit.

Meine im Iran lebende Großmutter ist an Epilepsie erkrankt. Sie muss Medikamente einnehmen. Infolge des Embargos, das auch gegen den Gesundheitssektor im Iran verhängt ist, sind die Arzneimittel nicht mehr erhältlich. Das Embargo wurde von der US-amerikanischen Trump-Regierung, gefolgt von den Ländern der Europäischen Union einschließlich Frankreich, verhängt. Ursprünglich sollte der Gesundheitssektor verschont bleiben, was heute jedoch nicht mehr der Fall ist.

Die Iraner*innen, die seit über 40 Jahren eine freiheitsbedrohende Regierung ertragen, werden nun auch durch die Folgen dieses Embargos, das von den angeblichen Menschenrechtsverteidiger*innen im Ausland durchgesetzt wurde, in Mitleidenschaft gezogen. Will man ganzen Völkern weltweit in aller Stille und unter strikter Wahrung der diplomatischen Beziehungen einen Tod auf Raten bereiten?

Stellen wir uns einmal vor, meine Großmutter käme nach Frankreich, um ihr Leben zu retten, da sie im Iran aufgrund fehlender Medikamente sterben könnte. Würde sie damit das Gesundheitssystem betrügen? Wird man ihr vorwerfen, dass sie ein System ausnutzt, das sie Medizintourismus betreibt? Der Iran ist schließlich, genau wie beispielsweise Afghanistan, ein „sicheres Land“. Wie Sie sich sicherlich erinnern, wurden die afghanischen Flüchtlinge vor einigen Monaten in ihr „sicheres Land“ zurückgeschickt.

Seltsame Zeiten, mein Liebling.

Es geht bei diesem Kampf ums Überleben. Die Welt spaltet sich in diejenigen auf, die um Hilfe bitten, und diejenigen, die ihre Hilfe verweigern. In diesem Sinne werden die Empfänger*innen der staatlichen medizinischen Versorgung in den ersten neun Monaten nicht mehr in den Genuss der so genannten nicht dringenden medizinischen Behandlung kommen können. Eine kleinliche Krämerrechnung, die mich an die 2017 beschlossene Kürzung des Wohngelds um fünf Euro erinnert.

Was ist das Ziel solcher Berechnungen und Einschränkungen, einer solchen Pedanterie, die nur die Ärmsten trifft? Die Abschaffung der Vermögenssteuer und die fehlende „Standhaftigkeit“ und „Effizienz“ beim Kampf gegen Steuerhinterziehung hat die Wut der Französinnen und Franzosen, die fast sechs Monate auf die Straße gingen, zum Explodieren gebracht.

Neben den anderen von der Regierung geplanten Maßnahmen findet sich die Eröffnung von drei neuen Abschiebehafenanstalten mit hohen Aufnahmekapazitäten, um „die Verbringung aus dem Lande zahlenmäßig zu verbessern“. Es werden also Frauen, Kinder, Männer in immer größerer Anzahl und effizienter organisiert des Landes verwiesen.

Wenn es darum geht, riesige Summen auszugeben, um die Einwanderung zu bekämpfen, sichtbare und unsichtbare Mauern zu Land und zu Wasser zu bauen, die Kassen Libyens oder der Türkei zu füllen, um die „Migrant*innen“ immer weiter zurückzudrängen, fehlt es nie an den erforderlichen Mitteln.

Geht es jedoch um medizinische Versorgung, Beihilfen, ein bisschen Solidarität, ein Stückchen Menschlichkeit, wird uns der Eindruck vermittelt, dass die Staatskassen leer sind und dass Betrüger überall herumstreunen und versuchen, unser schönes Versorgungs- und Schutzsystem zunichte zu machen.

Wer sind aber die eigentlichen Betrüger? Es sind diejenigen, die an der Spitze der größten multinationalen Unternehmen stehen und stets jedwede Maßnahme treffen, um ihre Steuern nicht zahlen zu müssen und zwar mit Unterstützung der Regierung, gleichzeitig die Regierung unterstützend, Hand in Hand, lebenslang verbunden.

Wie lange noch werden wir das falsche Ziel anvisieren und die Falschen für den Feind halten?

Seltsame Zeiten, mein Liebling.

Die Botschaft ist weder seltsam noch zweideutig. Sie liegt in ihrer ganzen Traurigkeit klar auf der Hand: Frankreich ist nicht mehr das Aufnahmeland, an das einige gerne glauben möchten. Europa schließt insgesamt seine Grenzen, schottet sich nach außen ab und wird bald an dem drastischen Anstieg seiner rechtsextremen Parteien ersticken. Wir alle wissen das. Wir beobachten es jeden Tag neu.

Was also soll ich auf diesem Kontinent tun? Was wird aus mir in diesem Land? Ich, die ich meinen Verstand nach dem Humanismus von Montaigne und Rabelais geformt habe? Wie kann ich mich in diesen kapitalistischen, entmenschlichenden, den Mensch zerstörenden Werten wiedererkennen?

Seltsame Zeiten, mein Liebling.

In drei Jahren, von 2015 bis 2017, wurde 78.000 Personen in Frankreich Asyl gewährt, was 0,1 Prozent der französischen Bevölkerung entspricht. Auf europäischer Ebene beläuft sich dieser Wert auf 0,2 Prozent der in den Ländern der Europäischen Union lebenden Bevölkerung.

Ist das die Invasion, von der die meisten europäischen Regierungen sprechen? Was für eine beschämende Lüge, uns davon überzeugen zu wollen, dass unsere Länder von Geflüchteten überschwemmt werden. Ziel ist es dabei, Angst in den von Unwissenheit geprägten Ländern zu säen und ihre Menschlichkeit abzutöten, um aus ihren Einwohner*innen unmenschliche Wesen zu machen, die jedes Gesetz befolgen und jede Lüge glauben, jede Propaganda schlucken. 80 Prozent der Migrant*innen weltweit wandern in andere Länder außerhalb der Europäischen Union aus.

Aus der Invasion wurde ein Mythos gemacht, der nun realer als die Wirklichkeit selbst erscheint. Unsere Menschlichkeit gilt nun als ehemaliger Traum, der vor langer Zeit begraben wurde. Unsere Solidarität wird als Naivität und überholter Idealismus dargestellt. Wenn ich von meinen Werten wie gegenseitige Unterstützung spreche, lacht man mir offen ins Gesicht und sagt mir, dass ich aus einer anderen Zeit, einer anderen Welt stamme.

Seltsame Zeiten, mein Liebling.

Oft habe ich mich gefragt, wer ich bin. Bin ich Iranerin oder Französin? Bin ich beides oder keines von beiden? Heute kann ich mit Sicherheit sagen: Ich bin eine Weltbürgerin, deren einziger Kompass die Literatur und die Freiheit sind.

Mein Humanismus, dieses wertvolle Erbe der französischen Literatur, findet indessen kein Echo mehr in der Welt, in der ich lebe.

Es ist ein merkwürdiges Gefühl, sich in einem Land als Ausländerin zu fühlen, das mich genährt, ausgebildet und mir Schutz geboten hat.

Seltsame Zeiten, mein Liebling.

Maryam Madjidi wurde in Teheran geboren. Sie ist politische Exilantin, kam mit ihren Eltern als Geflüchtete nach Paris, ist heute Buchautorin und lehrt Französisch als Fremdsprache für unbegleitete Minderjährige. Ihr Erstlingsroman „Marx et la poupée“ wurde mit dem Prix Goncourt ausgezeichnet.

Don't you know that you're toxic?

Die rechtsextreme Partei Rassemblement National der Marine Le Pen. Von **Jim Wolfreys**

Als die rechtsextreme Partei Front National (FN) sich im Juni 2018 in Rassemblement National (RN, Nationale Sammlungsbeziehung) umbenannte, schienen die Pressekommentare einem bekannten Schema zu folgen: Die Worte der Parteiführerin Marine Le Pen wurden für bare Münzen genommen. Die Nachrichtenagentur Associated Press legte die neue Namensgebung als Hinweis darauf aus, dass die Partei ein breiteres Spektrum von Wähler*innen anziehen wolle. Eine ähnliche, wenn auch recht merkwürdige Schlussfolgerung zog die Presseagentur aus dem geänderten Logo der Partei: Die „traditionellen Flammen“ der Organisation seien „in einen teilweise geschlossenen Kreis gestellt, um eine neue Offenheit zu signalisieren“.

Mit einem skeptischeren Blick hätte man hier wohl eine recht geschlossene Art von Offenheit erkennen können, und mit dem erforderlichen Hintergrundwissen wäre bekannt geworden, dass die „traditionellen Flammen“ ursprünglich das Emblem der „Movimento Sociale Italiano“ waren, einer neofaschistischen Organisation von zähen Mussolini-Anhängern. Journalist*innen, die sich tiefgehend mit dem Thema befasst hatten, erkannten die Parallele zwischen dem neuen, wählerfreundlichen Parteinamen und der kollaborativen Organisation Rassemblement National Populaire. Letztere wurde von dem eher weniger wählerfreundlichen Marcel Déat angeführt, Mitbegründer der französischen Division der Waffen-SS, deren Soldaten in Nazi-Uniform Hitlers Regimenter an der Ostfront verstärkten.

Die mediale Darstellung des RN und dessen Gefahr für die Demokratie beherrschen zwei politische Perspektiven. Die erste erachtet die angebliche „Entteufelung“ (dédiabolisation) oder „Entgiftung“ der Partei als eine Art Wendepunkt im rechtsextremen Lager. Als Beleg dafür gilt, wie Le Pen öffentlich gegen die Leugnung des Holocausts und den Antisemitismus ihres Vaters Stellung nimmt. Der zweite, nachfolgend dargelegte Standpunkt geht davon aus, dass Frankreichs Präsident Emmanuel Macron als eine Art Bollwerk gegen die derzeitige Bedrohung des „Populismus“ Schutz bieten soll.

Meet the new boss

Der Ausschluss von Le Pen Senior aus der von ihm aufgebauten Parteiorganisation brachte viel Aufmerksamkeit mit sich. Weniger bekannt ist jedoch die Tatsache, dass ihn die in den Medien breitgetretene Fehde mit seiner Tochter Marine Le Pen nicht davon abhielt, deren Wahlkampagne 2017 mit sechs Millionen Euro finanziell zu unterstützen. Die „Entgiftung“ ist seit jeher ein realer Bestandteil des FN/RN-Image. De facto wurde die Organisation als Instrument für rechtsextreme Aktivist*innen gegründet, um eine breitere Anhängerschaft zu erreichen. Für viele Journalist*innen und Wissenschaftler*innen ist die Entgiftung jedoch kaum mehr als eine sich selbst erfüllende Prophezeiung: Die angebliche Mäßigung der RN-Partei existiert allein in ihren Behauptungen.

Grund dafür ist ein Problem, auf das Annie Collovald vor über zehn Jahren hinwies: Es entsteht ein toter Winkel, wenn Parteien wie RN durch das Prisma des „Populismus“ betrachtet werden und dabei der Schwerpunkt auf die von ihnen proklamierten Werte und Ideen statt auf eine Analyse ihrer Strategie und Organisationspraxis gelegt wird. Ereignisse wie der Aus-

schluss von Vater Jean-Marie Le Pen oder Schönheitskorrekturen am Namen der Partei fügen sich in eine vorbestimmte Erzählung ein: der Aufstieg einer modernen Partei „des Volkes“, die nicht mit der faschistischen Vergangenheit Frankreichs in Verbindung gebracht werden kann.

Ein Defizit dieses Ansatzes offenbart sich darin, dass die politischen Einstellungen, die Marine Le Pen kultivieren will, nicht vollständig zu begründen sind. Sowohl sie selbst als auch ihre Nichte Marion Maréchal pflegen Beziehungen zu Philippe Vardon, früherer Anführer des gewaltsamen, islamfeindlichen Bloc Identitaire der weißen Nationalisten. Le Pen ist, wie der US-amerikanische Rechtsausleger Steve Bannon, eine Bewunderin des „visionären“ Romans „Das Heerlager der Heiligen“ von Jean Raspail, in dem Einwanderung und Niederlassung einer Million Menschen an der Côte d'Azur beschrieben werden. Raspail sieht sein Werk als einen Warnhinweis auf eine „rassistische Inkompatibilität“ („racial incompatibility“), im Rahmen derer eine „Million Mikroben“ allmählich einen Körper von innen her verschlingen. Es fällt nicht schwer, die Gemeinsamkeiten zwischen solchen Ansichten und dem von Renaud Camus geprägten Ausdruck „Großer Austausch“ in Bezug auf das Blutbad von Christchurch 2019 aufzuzeigen.

Marine Le Pen unterhält außerdem enge Beziehungen zu ehemaligen Mitgliedern der gewalttätigen rechtsextremen Studierendenorganisation GUD (Groupe Union Droite), Männern wie Axel Loustau, ehemaliger Schatzmeister ihrer Frontorganisation „Jeanne“ und RN-Ratsmitglied in der französischen Region Hauts-de-Seine, sowie Frédéric Chatillon, ehemaliger Vorsitzender der GUD und seit ihrer Studienzeit enger Freund und Kollege von Le Pen. Chatillon, an den sich ein ehemaliges GUD-Mitglied aufgrund seines „kranken Judenhasses“ erinnert, organisierte früher jährliche Abendessen zur Zelebrierung des Geburtstags von Hitler (von GUD-Mitgliedern als „Onkel“ bezeichnet), wobei er bei seinem Eintreffen einmal theatralisch das Portrait des Führers küsste. Er veranstaltete außerdem Partys in „gestreiften Schlafanzügen“ zur Verspottung jüdischer Deportierter in den Todeslagern. Weitere Höhepunkte seines Werdegangs sind ein Besuch in Syrien, bei dem ihn ein Armeeeoffizier eine arabische Übersetzung von „Mein Kampf“ präsentierte, und ein Treffen mit dem belgischen Faschisten Léon Degrelle, der ihm sagte: „Hätte ich einen Sohn gehabt, so hätte er wie Sie sein sollen.“

Solche Verbindungen sollten die Glaubwürdigkeit der „Entgiftung“ des RN ernsthaft in Frage stellen. Zwar wurde in diesem Sinne Le Pen Senior aus der Partei ausgeschlossen, zu dessen prägenden politischen Verbündeten ehemalige Mitglieder und Kollaborateure der französischen Miliz („Milice française“) unter dem Vichy-Regime, ehemalige Offiziere der Waffen-SS und Veteranen der terroristischen Bewegung gegen die Unabhängigkeit Algeriens gehörten. Ein Ausschluss der verschiedenen Verbündeten seiner Tochter, deren Anschauung auf eben diesem Vermächtnis gründet, wurde jedoch nicht in Betracht gezogen.

2009 tauschten ihre Freunde Chatillon und Loustau Facebook-Nachrichten aus, in denen sie den Tod Hitlers bedauerten. Eine solche Äußerung steht indessen im Widerspruch zu Behauptungen, dass Marine Le Pen und ihre Anhängerschaft die Partei weniger „toxisch“ gestalten würden. Die wichtige



Rolle, die diese Personen einnehmen, weist darauf hin, dass die „neue Offenheit“ der Partei Rassemblement National mit der alten Offenheit der Front National vergleichbar ist. Der Einfluss der „revolutionären nationalistischen“ Strömungen, die die Partei gegründet haben, bleibt spürbar. Das Ziel besteht indes nun darin, das faschistische Erbe Frankreichs an den aktuellen Kontext anzupassen.

Die Republik marschiert ... Aber in welche Richtung?

Die Kernaspekte dieses Erbes, wobei insbesondere der Autoritarismus und das rassistische Sündenbock-Denken zu nennen sind, werden von der breiten Masse heute legitimiert. Damit kommen wir zur zweiten politischen Erzählung, welche zu einer Verzerrung der Bemühungen führt, die Partei Rassemblement National verstehen zu wollen. Nach diesem Narrativ gehört die Partei zu den verschiedenen „populistischen“ Gefahren, die die Verteidigung der liberalen Werte von Präsident Macron und der Europäischen Union bedrohen. Den Klageworten eines furchtsamen Berichterstatters zufolge wäre die Demokratie selbst gefährdet, wenn sich „besonnene Personen“ nicht dafür einsetzen würden, das Vertrauen in Macron wieder zu festigen. Direkt nach seiner Wahl ging einer der Berater von Macron so weit zu sagen, dass der Präsident eine Inspirationsquelle für die ganze Welt werden könne, indem er „den Krieg gegen den Populismus“ gewinne.

Die schwammige Allgemeingültigkeit dieses Begriffs hat zur Folge, dass jede Person oder Partei, die auf „das Volk“ hinweist oder „Eliten“ kritisiert, in der Regel als populistisch bezeichnet wird, womit sowohl Marine Le Pen und Jean-Luc Mélenchon als auch die Protestierenden der Gelbwestenbewegung gemeint sein können. Der „Populismus“ von Le Pen wurde zum Beispiel mit extremem Konservatismus, Sozialismus und Kommunismus in Zusammenhang gebracht. Nuancen und Differenzen zwischen den Strömungen werden durch die Etikettierung unkenntlich gemacht. In der Folge bleibt die Akzentuierung

des Autoritarismus in der liberalen Regierungsführung tendenziell unbemerkt.

Trotz aller Übertreibungen, die seine Wahl auslöste, schlug Macron geradewegs den gleichen Kurs wie seine unmittelbaren Vorgänger ein, gefangen, wie Ugo Palheta feststellt, in einer Position der „Dominanz ohne Vorherrschaft“, weshalb er zunehmend auf autoritäre Methoden angewiesen ist.

Statistiken zur Gelbwestenbewegung weisen beispielsweise auf den deutlichen Anstieg staatlicher Gewalt hin. In den ersten sechs Monaten der Demonstrationen ab November 2018 fand die größte Zurschaustellung der polizeilichen Repression seit Mai 1968 statt. Über 12.000 Personen wurden verhaftet, wobei an einem einzigen Tag die Rekordzahl von 1.500 Festnahmen und Tausenden von „Precrime“-Verhaftungen erreicht wurde. 2.000 Personen wurden verurteilt. Es wurden rund 13.000 Gummigeschosse abgefeuert und an die 2.500 Demonstranten verwundet. Durch diese Gummigeschosse oder den Tränengaseinsatz verloren 25 Demonstranten ein Auge. Viele Opfer und Zeugen gaben an, dass die Polizei bewusst auf Gesichter gezielt hatte. Fünf Personen verloren durch explodierende Tränengasgranaten eine Hand.

Die repressive Vorgehensweise war unter Macrons Vorgänger François Hollande bereits zu einem festen Bestandteil der Regierungsführung geworden, insbesondere mit der Verhängung des Ausnahmezustands 2015. Aufgrund des Fehlens einer nachhaltigen, umfassenden Identifizierung von staatlichen Maßnahmen in der Öffentlichkeit, sind Repression, falsche Schuldzuweisungen und Rassismus für staatliche Akteure zu wichtigen Werkzeugen geworden. Eines der bedeutendsten Instrumentarien zur Durchsetzung staatlicher Autorität ist indessen der Einsatz des republikanischen Säkularismus, kurz „Laizität“, als Mittel zur Stigmatisierung und Disziplinierung der muslimischen Bevölkerung Frankreichs geworden.

Die Laizität, die sich die republikanischen Linken über weite Teile des 20. Jahrhunderts auf die Fahne geschrieben hatten,

wurde ab Ende der 1980er Jahre von den Rechten übernommen. Nach dem Sieg von Jacques Chirac bei den Präsidentschaftswahlen 2002, bei denen Jean-Marie Le Pen bis in den zweiten Wahlgang vordrang, kam die Rechte zu dem Schluss, dass sie den Laizismus zum eigenen Nutzen aktivieren könne, um somit aus der Mobilisierung Kapital zu schlagen, die Chirac zum Sieg verholfen hatte.

Die Linke war erwiesenermaßen außerstande, diese Entwicklung aufzuhalten. Grund dafür war weitgehend ihre Treue zur republikanischen Ideologie. Diese historische Schwäche begründete das langjährige Scheitern, eine sozialistische Strömung mit authentischer staatlicher Unabhängigkeit anstoßen zu können. Zurückzuführen war dies aber auch auf ein grundlegendes Manko, nämlich die Unfähigkeit, eine stigmatisierte Minderheit zu verteidigen und anzuerkennen, dass in einem Land, in dem eine Partei mit faschistischen Wurzeln 20 Prozent der Stimmen auf sich vereint, der Bekämpfung des Rassismus eine größere Priorität zukommen musste als der Verteidigung der säkularen Werte und Bestimmungen, denen sich die verschiedenen Regierungen gegen die muslimische Bevölkerung Frankreichs verschrieben hatten. 15 Jahre später sind die Ergebnisse dieses Versagens für alle offensichtlich. Ein Verbot gegen Hidschabs und Niqabs wurde jeweils für Schulen und öffentliche Orte verhängt. Die Islamfeindlichkeit ist zu einem markanten, respektablen und nahezu permanenten Aspekt des öffentlichen Lebens in Frankreich geworden.

Im September 2019 veranstaltete Marion Maréchal zusammen mit verschiedenen anderen Vertretern des rechtsextremen Lagers wie Robert Ménard, Bürgermeister der südfranzösischen Stadt Béziers, den Konvent der Rechten. Der ultrareaktionäre Journalist Eric Zemmour, der zweimal wegen Aufstachelung zum Rassenhass verurteilt wurde, hielt dabei eine Rede, in der er seine Zuhörerschaft zum Kampf gegen die „Besatzungsarmee“ aufforderte, deren Uniform die Djellaba (traditioneller Kapuzenmantel aus dem Maghreb) sei. Der Sender LCI, eine Tochtergesellschaft des ersten Fernsehsenders Frankreichs TF1, übertrug die Rede live, welche von der Zeitung Le Monde als „faschistische Inspirationsquelle“ angeprangert wurde.

Im Herbst 2019 stand in der politischen Debatte erneut als Thema im Mittelpunkt, was muslimische Frauen wann tragen sollten. Fernsehsender beriefen Podiumsdiskussionen zu der Frage ein, ob muslimischen Müttern mit Hidschab erlaubt werden dürfe, ihre Kinder auf Klassenfahrten zu begleiten. Vertreter*innen der „neuen reaktionären“ einflussreichen Bewegung der Islamfeindlichen, wie Zemmour, waren sehr gefragt. Auf die Frage hin, was es bedeute, Franzose zu sein, antwortete Zemmour, dass General Bugeaud bei seiner Ankunft in Algerien damit begonnen habe, „Muslime und einige Juden hinzumorden“. „Heute bin ich auf der Seite von General Bugeaud“, führte er weiter aus, „das bedeutet für mich, Franzose zu sein“.

Und in diesem Sinne ging es weiter. Ein Journalist des LCI verglich die Verbannung des Hidschabs mit dem Verbot von SS-Uniformen. Der stellvertretende Chefredakteur der Zeitung „Le Figaro“, Yves Thréard, startete eine lange Hetzrede gegen den Hidschab und den Zustand einer Nation, in der „Alkohol in ganzen Stadtteilen verboten“ sei. Er wies mit Nachdruck darauf hin, dass die Islamfeindlichkeit nicht existieren würde: „Ich hasse die muslimische Religion und ich habe das Recht, mich so zu äußern.“ Ende Oktober 2019 verabschiedete der französische Senat eine Maßnahme, nach der das Tragen des Hidschabs auf Klassenfahrten verboten wird. In diesem Klima versuchte ein 84-jähriges ehemaliges FN-Mitglied, eine Moschee in der französischen Stadt Bayonne anzuzünden und erschoss zwei Gläubige, die versuchten, ihn davon abzuhalten.

Der Wegbereiter Macron und was als Nächstes folgen wird

Die Rolle, die Macron bei der Verschärfung dieser Spannungen einnahm, war weit entfernt von der des liberalen, unschuldigen oder antipopulistischen Kriegers. Über das Jahr

hinweg, das im Zeichen der Unruhen der Gelbwestenproteste stand und in dem seine Umfrageergebnisse in den Keller rauschten, versuchte er, durch Ablenkungsmanöver die Aufmerksamkeit auf die Belästigung durch eine muslimische Bevölkerung in Frankreich zu richten. Kürzlich wies er erstmals auf den zweifelhaften Begriff der „kulturellen Unsicherheit“ hin, der von dem säkularen Aktivist Laurent Bouvet verbreitet wird, einem Mitbegründer der nicht faux-progressiven Partei Printemps Républicain. Mittels dieses Begriffs wird die Behauptung aufgestellt, dass sich Frankreichs weiße Mehrheit unwohl fühlt, wenn Minderheiten auf sich aufmerksam machen. Minderheiten sollten folglich den Forderungen der Mehrheit nachkommen. Der Laizismus ist zu einem der wirksamsten Mittel geworden, um dem Staat die Ausübung dieser Art von Disziplin zu gestatten.

Während einer hochkarätigen Fernsehansprache an die Nation zum Thema Gelbwestenproteste, die sich vorwiegend gegen Ungleichheit, hohe Lebenshaltungskosten und Arbeitslosigkeit richteten, beklagte Macron, dass der Säkularismus in Frage gestellt worden und durch „Lebensweisen, die Barrieren schaffen“ bedroht sei. Im Herbst 2019, als sich die Islamophobie verschärfte, entschloss sich Macron dazu, dem rechtsextremen Wochenblatt „Valeurs actuelles“ ein langes Interview zu geben. Obwohl er sich von dem Begriff des „anti-weißen Rassismus“ und von Forderungen, das Tragen des Hidschabs im öffentlichen Raum oder auf Schulreisen zu verbieten, distanzierte, schien die bloße Tatsache, das Gesicht des Präsidenten auf dem Titelbild eines Magazins zu sehen, das wegen der Unterstützung der Diskriminierung von Muslimen und Hass oder Gewalt gegen Roma verurteilt wurde, eine eigene Botschaft zu vermitteln – während Macron feierlich versprach, die drei Hauptthemen des Interviews, die da waren Einwanderung, Islam und Integration, „selbst in die Hand zu nehmen“.

Bei den Kommunalwahlen von 2020 baute die Rechtsextreme auf ihrem Erfolg von 2014 auf und gewann die Stadt Perpignan. In dieser Hinsicht erscheint die Vorstellung, dass die Partei Rassemblement National sich eines Besseren besinnt oder sich einer Entgiftung unterzieht, nicht nur überspannt, sondern auch gefährlich. In einem Kontext, in dem offener rassistischer Polemik wie nie zuvor Plattformen gegeben werden und in dem Islamophobie unter dem Deckmantel der „säkularen Traditionen Frankreichs“ eine wichtige Komponente im täglichen staatlichen Handeln geworden ist, erscheint die Partei FN/RN zunehmend im Mainstream angekommen zu sein. Ihr Buhlen um „Achtbarkeit“ ist jedoch ebenso wenig ein Neuanfang wie das Etikett des Rassemblement National selbst, das bereits vom Front National bei den Parlamentswahlen 1986 erstmals verwendet wurde. Die Forderung nach Achtbarkeit hat, wie Alexandre Dézé unterstreicht, stets mit dem Engagement von FN/RN für ein Dogma koexistiert, welches in die entgegengesetzte Richtung zeigt.

Die Illusion der heutigen „Mäßigung“ ist lediglich eine Folge der Radikalisierung eines etablierten politischen Establishments, das viel geneigter ist, Rassismus und Autoritarismus zu akzeptieren, als die Werte der Demokratie und Toleranz zu verteidigen, denen es sich angeblich verschrieben hat. Bis heute stößt der islamfeindliche Kurs des politischen Mainstreams auf wenig Widerstand. Am 10. November 2020 fand jedoch in Paris eine große Demonstration statt, die sich gegen die Zunahme antimuslimischer Vorurteile richtete. Obgleich die Initiative mit den üblichen Zweideutigkeiten und Anprangerungen aufgenommen wurde, erhielt die Mobilisierung Unterstützung vom gesamten linken Lager. Damit wurde sie zum ersten Protestmarsch gegen Islamfeindlichkeit, der muslimische Vereinigungen und die Linke zusammenbrachte und vielleicht als Vorbote eines Wandels gedeutet werden kann, auf den wir schon sehr lange warten.

Jim Wolfreys lehrt am King's College London französische und europäische Politik und ist Buchautor.

Ich habe eine gehörige Portion Gift geschluckt.

Arthur Rimbaud,
„Eine Zeit in der Hölle“

„Es kann niemals gut für Frauenrechte sein, wenn Frauen mehr Zeit zu Hause verbringen.“

Anne-Cécile Mailfert über Gewalt gegen Frauen – vor, während und nach der Corona-Pandemie



Anne-Cécile Mailfert ist feministische Aktivistin, Präsidentin der „Fondation des Femmes“ in Frankreich und Buchautorin. Mit ihr sprach **Ethan Earle**.

Können Sie uns die Frauenstiftung und ihre Arbeit vorstellen?

Die Frauenstiftung, die im März 2016 ins Leben gerufen wurde, setzt sich für die Verteidigung der Frauenrechte und den Kampf gegen Gewalt gegen Frauen ein. Die Organisation steht unter der Ägide des philanthropischen Netzwerks „Fondation de France“ und unterstützt Hilfsorganisationen dabei, weiblichen Gewaltopfern zu helfen. Diese Hilfen beinhalten finanzielle Unterstützung durch Spenden, materielle Unterstützung durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten für Vereine in der „Cité Audacieuse“, dem ersten Ort mitten in Paris zur Förderung des Feminismus, sowie rechtliche Unterstützung durch die „Force Juridique“ („Rechtskraft“), ein Expertennetzwerk aus fast 200 Rechtsanwält*innen und ehrenamtlichen Jurist*innen, die den Vereinen beratend zur Seite stehen.

Überall dort, wo Ausgangsbeschränkungen verhängt wurden, hat die Gewalt im häuslichen Bereich zugenommen. Können Sie uns sagen, wie die Situation in Frankreich ist? Hat die Regierung angemessen reagiert? Wie war die Reaktion der Frauenstiftung?

Frankreich hat hier keine Ausnahme gebildet, im Zuge der Ausgangsbeschränkungen haben die häusliche Gewalt unter Partnern und innerfamiliäre Gewalt zugenommen. Bereits in der ersten Woche des Lockdowns konstatierte das Innenministerium einen Anstieg der Meldungen über häusliche Gewalt um 36 Prozent. Am Ende der Ausgangssperre berichtete die Polizei von einer Verdopplung der Einsätze wegen häuslicher Gewalt und in einigen Gebieten von einem Anstieg um bis zu 70 Prozent.

Die Probleme, die durch die Ausgangsbeschränkungen verursacht werden, sind dabei vielfältig. Frauen, die bereits Opfer von Gewalt sind, sind zusätzlicher Gewalteinwirkung ausgesetzt (wegen der Zunahme der gemeinsam verbrachten Zeit, den belastenden Auswirkungen der Gesundheits- und Wirtschaftskrise) und sehen sich mit größeren Schwierigkeiten – manchmal gar der Unmöglichkeit – konfrontiert, ihre Wohnungen zu verlassen (beispielsweise aufgrund der Schließung von Unterbringungszentren oder der Problematik, diskret Hilfe zu suchen). All dies sind Herausforderungen, denen die Vereine Rechnung tragen mussten, um die Frauen zu unterstützen, während sie gleichzeitig selbst die Corona-Auflagen umsetzen mussten und die notwendige Ausrüstung zur Durchführung ihrer Aufgaben benötigten (Laptops für die Arbeit im Homeoffice, Masken, Desinfektionsmittel usw.).

Anhand der von der Regierung eingeführten Maßnahmen sollte es den weiblichen Opfern erleichtert werden, Gewalttaten zur Anzeige zu bringen, indem beispielsweise die Polizei per SMS alarmiert werden konnte, Apotheker*innen angesprochen werden konnten oder indem in Supermärkten Kontaktstände eingerichtet wurden, die von den Vereinen betreut wurden. Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen ist allerdings unterschiedlich und löst die Betreuungs- und Sicherheitsproblematik nicht. Bereits lange vor der Ausgangssperre und Covid-19 warnten die Vereine vor dem Mangel an Mitteln zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, insbesondere vor der Unterfinanzierung von speziellen Frauenunterkünften. Diese Schwierigkeiten sind mit den Ausgangsbeschränkungen nicht verschwunden, im Gegenteil, sie haben sich dadurch noch deutlicher manifestiert.

Auf der Grundlage dieser Beobachtungen rief die Frauenstiftung die Aktion #ToutesSolidaires zur Förderung der Solidarität

unter Frauen ins Leben. Diese Aktion reagiert auf die dringendsten Bedürfnisse der Vereine, nämlich Ausrüstung für ihre Arbeit zu beschaffen und Lösungen für Notunterkünfte zu finden. Die Aktion ist insofern außergewöhnlich, da wir unsere Rolle sonst eher darin sehen, das zu finanzieren, was nicht in den Bereich der öffentlichen Politik fällt, das heißt, eher innovative Initiativen der Vereine zu fördern und dem Staat zum Beispiel die Finanzierung von Wohnraum zu überlassen. Aber diese Zeiten waren alles andere als gewöhnlich, und es war undenkbar, Frauen in dieser Situation ohne Lösungen zurückzulassen. Die Kampagne ermöglichte es uns, mehr als 2,5 Millionen Euro zu sammeln, die an die Vereine verteilt wurden, damit sie ihre Telearbeit organisieren und den Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind, Soforthilfe leisten konnten.

Diese Hilfe erfolgt in Form der Finanzierung von mehr als 40.000 Übernachtungen bis zum Ende des Sommers, um Frauen und ihren Kindern, die gezwungen sind, ihr Zuhause zu verlassen, eine sofortige und gute Unterkunft zu bieten. Darüber hinaus werden Nahrungsmittelhilfen und lebensnotwendige Güter bereitgestellt. Zusätzlich wurden Programme, wie der Chat zur Unterstützung weiblicher Gewaltopfer des Vereins „En Avant Toute(s)“, der nun sieben Tage die Woche über die Website commentonsaime.fr zur Verfügung steht, oder die Warn-App „App’elles“ des Vereins „Résonantes“ finanziell unterstützt. Hierbei handelt es sich um technische und professionelle Lösungen, die während der Ausgangsbeschränkungen aufgrund ihrer Diskretion besonders gefragt waren.

Viele Frauen sagen, dass sie erschöpft aus der Zeit der Ausgangsbeschränkungen herausgehen, da die Covid-19-Pandemie einmal mehr soziale und geschlechtsspezifische Ungleichheiten offengelegt hat. Welche Auswirkungen werden die vergangenen Monate auf das Leben der Frauen in der „Welt nach Corona“ haben?

Es überrascht nicht, dass es niemals gut für die Frauenrechte sein kann, wenn die Frauen mehr Zeit zu Hause verbringen. Über das Risiko einer stärkeren Exposition gegenüber häuslicher Gewalt hinaus sind viele Probleme – die im Übrigen auch bereits in der „Welt vor Corona“ existierten – stärker empfunden worden oder haben sich verschlimmert. Der Zugang zum Schwangerschaftsabbruch wurde komplizierter, die psychische Belastung für die Frauen, die gleichzeitig von zu Hause arbeiteten und das Homeschooling ihrer Kinder organisieren mussten, war enorm, und die Gesellschaft hat sich auf die Frauen verlassen, die im Pflegebereich und in anderen, höchst prekären, „Frauenberufen“ arbeiten. Im Gegenzug hat sich die schwache Präsenz von Frauen in den Entscheidungsgremien oder in den Medien natürlich nicht verändert oder hat sich gar verschlechtert! Sie haben daher allen Grund, erschöpft aus dem Lockdown herauszugehen.

Natürlich ist es zum jetzigen Zeitpunkt sehr schwierig, mittel- oder langfristige Auswirkungen der Ausgangsbeschränkungen auf die Frauen und ihre Rechte vorherzusagen. Was die Vereine bereits vorausgesehen haben, und was sich in den letzten Tagen auch gezeigt hat, ist, dass sich mit dem Ende der Ausgangsbeschränkungen jene Frauen äußern, die während des Lockdowns nicht sprechen konnten oder deren Probleme von ihren Nachbarn oder den Vereinen nicht erkannt wurden. Diese neue Welle der Betreuungsanfragen wird den Druck auf die Vereine erhöhen, dem wir vor allem auch dann standhalten müssen, wenn die Epidemie abflacht. Die Ausgangssperre



bietet zudem Gelegenheit zu verstehen, dass Opfer häuslicher Gewalt dauerhaft in einer Ausgangssperre leben, da sie der ständigen Kontrolle ihres Partners ausgesetzt sind und sich nicht frei bewegen können.

Ebenso ist es notwendig, die mittel- und langfristigen Auswirkungen der Ausgangsbeschränkungen auf Frauen und deren Rechte zu ermitteln, egal, ob in wirtschaftlicher Hinsicht oder in Bezug auf die körperliche oder mentale Gesundheit – und ebenfalls im Hinblick auf den Zugang zu reproduktiven und sexuellen Rechten. Wie viele Krankheiten wurden als Folge der Ausgangsbeschränkungen falsch oder zu wenig diagnostiziert? Welche Auswirkungen hat dies auf die Gesundheit der Frauen? Wie viele Frauen mussten auf Notlösungen zurückgreifen, um über die gesetzliche Frist hinaus eine Schwangerschaft abzubrechen? Dass die französische Regierung nicht bereit war, die Fristen zu lockern, verheißt nichts Gutes hinsichtlich positiver Impulse für die Frauenrechte in den kommenden Monaten.

Nach dem Gesundheitsschock durch die Pandemie ist die Rede von radikalen Veränderungen bei wichtigen gesellschaftlichen Entscheidungen und in der Politik. Wie sollten diese Veränderungen aus feministischer Sicht aussehen?

Wir engagieren uns weiterhin dafür, Mittel für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und zur Gleichstellung der Geschlechter bereitzustellen und einzusetzen. Die Frauenstiftung stand 2019 während einer großen Mobilisierung gegen Frauenmorde an der Seite der Familien von Opfern und in diesem Zusammenhang aktiven Vereinigungen, wodurch sich die Regierung veranlasst sah, eine landesweite Diskussion über häusliche Gewalt zu organisieren. Obwohl diese Diskussion zu echten gesetzlichen Fortschritten geführt hat, konnten die vereinbarten Mittel keine richtige „kopernikanische Revolution“ zum Schutz von weiblichen Gewaltopfern bewirken. Hier sticht vor allem der Mangel an Notunterkünften ins Auge, ein Bereich, in dem Frankreich seinen internationalen

Verpflichtungen im Rahmen der Istanbul-Konvention nicht nachkommt. Die Ausgangsbeschränkungen haben gezeigt, dass vor allem Orte geschaffen werden müssen, an denen Frauen sicher untergebracht werden können. Ohne Ressourcen werden wir nicht in der Lage sein, häusliche Gewalt langfristig zu reduzieren.

Außerdem sollten die Leitprinzipien, die für gerichtliche Anhörungen bei häuslicher Gewalt während der Ausgangssperre galten, in allgemeines Recht umgewandelt und diese Fälle immer mit Dringlichkeit und Priorität verhandelt werden, da sie stets dringlich sind. Es besteht immer die Notwendigkeit, so schnell wie möglich zu handeln, wenn eine Frau in Gefahr ist.

Ganz allgemein: Wenn wir einen Zauberstab hätten, um die Welt nach Covid-19 als feministische Welt zu zeichnen, müssten wir die Arbeit, die heute hauptsächlich von Frauen geleistet wird, sei es im Beruf oder zu Hause, aufwerten. Die Pflegeberufe und Care-Arbeit, die während dieser Gesundheitskrise im Vordergrund standen, werden mehrheitlich von Frauen ausgeübt; sie sind unterbezahlt und werden abgewertet. Ebenso haben die Ausgangsbeschränkungen vielleicht zumindest ein wenig Licht auf das Ausmaß der Arbeit, die von Frauen im Haushalt geleistet wird, geworfen. Generell werden Frauen schlechter bezahlt, und sie arbeiten mehr als Männer! Den Frauen müssen die Mittel für ihre Unabhängigkeit zurückgegeben werden.

Können Sie uns für die Zukunft der Gleichstellung der Geschlechter einen guten Grund zur Hoffnung geben?

Das Bewusstsein der Gesellschaft für die Auswirkungen häuslicher Gewalt an Frauen wächst und hat dazu geführt, dass während der Ausgangsbeschränkungen viermal mehr Spenden an unsere Stiftung zur Unterstützung unserer Kampagne #ToutesSolidaires eingegangen sind. Die Öffentlichkeit ist sensibilisiert und die Vereine leisten unglaubliche Arbeit, um diesen Frauen zu helfen. Es gibt immer mehr von uns, die für Gleichberechtigung und gegen Gewalt kämpfen. Und wir werden es am Ende schaffen!

Die Ausgangssperre bietet zudem Gelegenheit zu verstehen, dass Opfer häuslicher Gewalt dauerhaft in einer Ausgangssperre leben, da sie der ständigen Kontrolle ihres Partners ausgesetzt sind und sich nicht frei bewegen können.



„Wir sind Held*innen wider Willen“

Die Austeritätspolitik im französischen Gesundheitswesen geht zu Lasten des medizinischen Personals. Von **Cole Stangler**

Als Krankenschwester auf der Infektionsstation eines großen Pariser Krankenhauses ist Marie an vorderster Front im Kampf gegen Covid-19 im Einsatz. Während der vergangenen Wochen wurden Dutzende von Patient*innen, die sich mit dem Virus infiziert hatten, auf ihre Station eingeliefert. Medizinstudenten*innen und Pflegekräfte von anderen Stationen wurden als Verstärkung eingesetzt und neue, strikte Vorsichtsmaßnahmen für das Krankenhauspersonal eingeführt.

Mit der Zahl der Todesopfer hat auch der arbeitsbedingte Stress zugenommen. „Zum Glück sind wir ein eingespieltes Team, wir kommunizieren, und deshalb funktionieren wir gut“, sagt Marie. Sie will ihren Familiennamen nicht nennen, da es in Frankreich restriktive Regelungen für Beamt*innen gibt, wenn es um die Offenlegung arbeitsbezogener Themen oder öffentliche Kritik am Arbeitgeber geht. Aber, sagt sie, „es gibt schwierige Momente.“

Krankenschwestern wie Marie, die schon lange im Dienst ist, haben reichlich Erfahrungen mit allen erdenklichen Krankheiten. Aber selbst sie war überrascht, wie schnell das Virus zu lebensbedrohlichen Zuständen führen kann – eine Beobachtung zahlreicher Gesundheitsfachleute von Wuhan bis Brook-

lyn. „Wir haben Patient*innen, deren Zustand sich innerhalb kürzester Zeit verschlechtert und wir verstehen die Gründe nicht“, sagt sie. „Ich hatte einen Patienten, dem ich eine Infusion gelegt habe, und ich habe mich dabei mit ihm unterhalten. Eine halbe Stunde später musste ich ihn auf die Intensivstation verlegen und er konnte nicht mehr aus eigener Kraft atmen. Sobald er auf der Intensivstation war, mussten sie ihn künstlich beatmen. Es gibt Situationen, die wirklich schwierig sind.“

Ein neues Gefühl von Solidarität und Teamgeist haben Marie und ihren Kolleg*innen geholfen, diese Herausforderungen zu bewältigen. In gleicher Weise, so erzählt sie, wisse sie die Unterstützung der Öffentlichkeit und den abendlichen Applaus zu schätzen. Seit am 17. März der landesweite Lockdown in Frankreich verhängt wurde, ist der koordinierte Applaus für das Gesundheitspersonal um 20 Uhr zu einer Art Ritual geworden und bietet die Gelegenheit, den Menschen im Medizinbetrieb gemeinsam zu danken. In dicht bewohnten Gebieten ist damit auch die Chance für die Nachbarschaft gegeben, aus der Sicherheit des eigenen Balkons oder Fensters heraus mit anderen Menschen zu interagieren.



Frankreich ist es offensichtlich in verschiedener Hinsicht gelungen, die Krise vergleichsweise erfolgreich zu managen. Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten oder dem Vereinigten Königreich haben die Behörden landesweit nicht gezögert, Ausgangssperren zu verordnen. In Deutschland hat es zwar mehr Tests und weniger Todesfälle gegeben, trotzdem war die Situation in Frankreich noch weit von den katastrophalen Zuständen in Italien und Spanien entfernt. Gleichzeitig haben sich jedoch zahlreiche französische Gesundheitsfachkräfte besorgt über den Umgang des Landes mit der Pandemie geäußert. Sie kritisieren, dass ihr Einsatz durch fehlende Personal- und Materialressourcen behindert worden sei. Diese Problematik ist von den Arbeitnehmer*innen und ihren Gewerkschaften in den letzten 20 Jahren immer wieder thematisiert worden. In einigen Fällen besteht auch die Sorge, dass das Personal sich bei der Arbeit selbst in Gefahr bringt.

„Wir fangen an, uns Fragen zu stellen“

Als die ersten Corona-Erkrankten auf ihrer Station eingeliefert worden seien, so berichtet Marie, hätten die Pflegekräfte noch über qualitativ hochwertige Schutzausrüstungen verfügt.

„Ganz zu Anfang hatten wir noch medizinische Schutzanzüge, deren Material sehr robust war, auch Handschuhe, Haarnetze, Masken und Schutzbrillen. Jetzt haben wir nur noch sehr dünne Plastik-Wegwerfkittel und einfache Brillen, Haarnetz und den Mundschutz. Und jetzt sagen sie uns, vielleicht brauchen wir die Brillen auch gar nicht.“

Nachdem die Pandemie schon seit Wochen andauerte, wurden die Pflegekräfte in ihrem Krankenhaus endlich mit neu produzierten Gesichtsschutzschildern ausgestattet. Trotzdem bezeichnete Marie den Ausrüstungsstand als „besorgniserregend“.

Marie berichtet, dass die Pflegekräfte auf ihrer Station auch keine Einwegthermometer mehr für Covid-positive Patient*innen benutzten, wie dies noch bei Ausbruch der Krise der Fall war. Stattdessen sollen sie auch beim Wechsel ins nächste Krankenzimmer die Thermometer noch einmal benutzen. Auch Blutdruckmessgeräte werden mehrfach benutzt. Die Pflegekräfte desinfizierten die Geräte äußerst gründlich, sagt sie, aber natürlich haben alle Angst, auch nur den kleinsten Fehler zu begehen.

Am meisten Sorge macht aber im Hinblick auf die Ausstattung nach wie vor wohl die Maskenproblematik. Für Pflege-

Auch eine andere Politik hätte das Virus nicht verhindert, sagt die Krankenschwester Marie. „Aber eine andere Politik hätte dafür gesorgt, dass wir besser darauf hätten reagieren können.“

kräfte auf Intensivstationen gelten besondere Leitlinien, aber nach den jüngsten veröffentlichten Empfehlungen der Pariser Krankenhausbehörden sollen die meisten Krankenschwestern und Krankenpfleger in den staatlichen Krankenhäusern der französischen Hauptstadt jetzt zwei einfache Mundschutzmasken pro Schicht tragen und die Maske alle vier Stunden wechseln. Sowohl die Qualität als auch die Quantität der zur Verfügung gestellten Schutzausrüstungen gibt Anlass zur Sorge.

Zum einen gilt, dass diese OP-Masken lediglich bewirken, dass ihre Träger*innen keine luftgetragenen Partikel auf andere Personen übertragen. Im Gegensatz zu den FFP2- oder FFP3-Masken, dem europäischen Äquivalent der N95-Masken in den USA, schützen sie die Maskenträger*innen selbst nicht vor gefährlichen Partikeln. Zwar gibt es keine allgemein anerkannte Norm für die Anzahl der Atemschutzmasken, die Pflegekräfte beim Umgang mit positiv auf Covid-19 getesteten Patient*innen tragen sollten, es gibt aber den allgemeinen Konsens, dass diese Masken nur von sehr begrenztem Nutzen sind. Die Weltgesundheitsorganisation empfiehlt ihrerseits, dass OP-Masken, ob von Gesundheitspersonal oder anderen Personen getragen, nicht mehr benutzt werden sollen, „sobald sie feucht sind.“ Wer aber stundenlang auf den Beinen ist und auch jede Person, die zwischendurch zur Wasserflasche greift, kennt diese Problematik.

„Natürlich fangen wir an, uns Fragen zu stellen“, sagt Marie angesichts der ständigen Änderungen der Schutzausrüstungen. „Wir fragen uns, ob diese Empfehlungen etwas mit Studien zu tun haben, in denen die Nutzlosigkeit all dieser Ausrüstungen gezeigt wird, oder ob hier die Versorgungslage eine Rolle spielt.“

Der 52-jährige Bruno Lamaille ist noch skeptischer. Lamaille ist Verwaltungsangestellter, der inzwischen als hauptamtlicher Gewerkschaftsvertreter und Generalsekretär des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes CGT („Confédération générale du travail“) im Krankenhaus Hôtel-Dieu im Zentrum von Paris arbeitet und ebenfalls einen Sitz im Arbeitsschutzkomitee des Krankenhauses hat. Er erzählt, wie überrascht er war, als der Direktor des Krankenhauses ihn Ende März über die neuen Maskenvorschriften informierte.

„Ich erinnerte ihn daran, dass ich es nicht stillschweigend hinnehmen würde, alle meine Kolleg*innen zu gefährden“, sagt Lamaille. „Wenn uns der Direktor des Krankenhauses erzählt, dass die Vorgabe laute, trotz der derzeitigen Lage nur zwei Masken am Tag zu benutzen, dann haben wir den eindeutigen Beleg dafür, dass es eine Maskenknappheit gibt.“

Es gibt noch mehr Betroffene, die auf höchster medizinischer Ebene und bei der Regierung Alarm geschlagen haben. Am 20. März hat Hervé Boissin, Direktor des Sicherheitsausschusses der französischen Ärztekammer, die Regierung direkt wegen der offensichtlichen Maskenknappheit kritisiert und davor gewarnt, dass die Ärzt*innen „ohne geeignete Schutzausrüstungen einer nach dem anderen ausfallen werden.“ Inzwischen hat die investigative französische Online-Zeitung „Mediapart“ berichtet, dass sich hochrangige Beamt*innen der französischen Gesundheitsbehörden auch privat besorgt über die schlechte Maskenversorgung der Bevölkerung zu Beginn des Corona-Ausbruchs geäußert hätten. Während die Behörden der Bevölkerung öffentlich noch abrieten, im Freien eine Maske zu tragen, zeigt die interne Kommunikation, dass Regierungsoffizielle alle Hebel in Bewegung gesetzt haben, um einen Überblick über die in Frankreich verfügbaren Maskenbestände zu bekommen, und sich beeilt haben, Masken im Ausland zu bestellen.

Überrannt von den Ereignissen

Lamaille und die anderen CGT-Gewerkschaftsvertreter*innen im Hôtel-Dieu gehen ebenfalls davon aus, dass es ein wesentlich größeres Problem gibt. Sie behaupten, dass die schlechte

Vorbereitung auf die Behandlung der an Covid-19 erkrankten Patient*innen Folge falscher Entscheidungen sei. Das zeigt sich am Beispiel des Krankenhauses, das sie am besten kennen.

Das Hôtel-Dieu auf der Île de la Cité, nur einen Steinwurf von Notre-Dame im Herzen der französischen Hauptstadt entfernt, ist eines der ältesten ohne Unterbrechung betriebenen Krankenhäuser und dessen Geschichte bis ins 7. Jahrhundert reicht. Aufgrund seiner prekären Finanzlage musste das Krankenhaus in den vergangenen Jahren zahlreiche seiner Abteilungen schließen, dazu gehörten chirurgische Stationen und Intensivstationen. Der weitere Betrieb der Notaufnahme konnte nur unter großen Schwierigkeiten aufrechterhalten werden.

Gerade erst im vergangenen Jahr hat die Pariser Gesundheitsbehörde den Verkauf rund eines Drittels der Fläche des Krankenhauses an einen privaten Käufer abgeschlossen. Novaxia hat zugesagt, dort Biotechlabore und medizinische Labore einzurichten, Studierendenwohnungen zu bauen und eine Gastronomiefläche zu vermieten. Im Moment ist die Situation so, dass das Krankenhaus Hôtel-Dieu keine Coronavirus-Patient*innen behandelt, obwohl die Gewerkschaft davon ausgeht, dass die Einrichtung diese Aufgabe durchaus bewältigen könnte, wenn die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung gestellt würden.

Stattdessen wurde im Hôtel-Dieu ein Covid-19-Testcenter eingerichtet. Besucher*innen mit Symptomen sollen ihre Proben dort untersuchen lassen, werden dann aber im Falle eines positiven Ergebnisses in ein anderes Krankenhaus überwiesen. Nach Informationen der CGT entsteht durch diese Vorgehensweise eine ganz besondere Gefährdungslage, denn die Krankheit kann so durch potenziell infizierte Personen weiterverbreitet werden.

„Die Personen, die vielleicht positiv auf Corona getestet worden sind, die haben wir erst hierher ins Krankenhaus zitiert, und dann schicken wir sie wieder nach Hause, nur um ihnen danach mitzuteilen, dass sie wieder los müssen, um sich in einem anderen Krankenhaus behandeln zu lassen“, sagt Jean-François Grand, 46, der für die Schließ- und Türsysteme im Krankenhaus zuständig ist und ebenfalls einen Sitz im Arbeitsschutzkomitee des Hôtel-Dieu hat. „Das Problem liegt also auf der Hand.“

Grand sieht die Schuld bei der oberen Verwaltungsebene der Pariser Krankenhäuser. Wie fast überall sind die Behörden gezwungen, ohne gründliche Vorbereitung schwierige und weitreichende Entscheidungen zu treffen. Es gibt aber auch Probleme, die auf fehlende Ressourcen zurückzuführen sind.

„Wir sind völlig abgehängt und werden von den Ereignissen überrollt, und das in einem noch nie gekannten Ausmaß“, fährt Grand fort. „Heute werden wir mit einer extremen Pandemie konfrontiert, und keiner weiß, wie man es anstellen soll, dass uns nicht alles um die Ohren fliegt.“

Ein Sprecher für die Pariser Krankenhäuser hat den regionalen Gesundheitsbehörden eine Liste mit Fragen vorgelegt. Die regionale Pariser Gesundheitsbehörde hat auf eine Bitte um Kommentierung nicht geantwortet.

Reformen und immer wieder Reformen

Das System der öffentlichen Krankenhäuser in Frankreich ist nach wie vor eines der besten der Welt. Allerdings kommen das medizinische Personal und auch die Öffentlichkeit nicht umhin festzustellen, dass das System in den letzten Jahren erheblich unter Druck geraten ist und deshalb im Ergebnis vielleicht nicht mehr unbedingt das Aushängeschild ist, das es früher einmal war.

Seit Jacques Chirac das Amt des Präsidenten der Republik übernommen hat, gab es seitens der Regierung eine Reihe von Reformen, um den Gürtel enger zu schnallen. So bewirkte die Reform von 2002 eine Überprüfung der Finanzierungskriterien

für Krankenhäuser. Die 2009 unter Sarkozy durchgeführte Reform sollte zu ausgewogenen Ausgaben im gesamten System führen, und mit seiner Reform 2016 hat François Hollande die Aufsicht über Investitionen und Personalpolitik auf neue Komitees übertragen, die für mehrere Krankenhäuser gleichzeitig zuständig sind. Die Handlungshoheit dieser neuen Gremien wurde durch eine Reform 2019 unter Emmanuel Macron weiter gestärkt.

Diese Maßnahmen haben gemeinsam mit der spärlicheren staatlichen Finanzierung das Gesicht des Systems verändert. Die neuen Finanzierungsgrenzen haben Krankenhäuser dazu gezwungen, mit weniger Mitteln auszukommen, und für die Krankenhausmanager*innen gelten jetzt neue Anreize wie in der freien Wirtschaft, so dass sie die Effektivität und Produktivität der unter ihrer Aufsicht stehenden Dienste nachweisen müssen. Das medizinische Personal hat dies schmerzhaft zu spüren bekommen. Pflegepersonal, Pflegeassistentenkräfte und Verwaltungsangestellte mussten feststellen, dass sie nicht nur unter erschwerten Bedingungen arbeiten müssen, sondern dass ihr Grundlohn als Beamt*innen in den letzten zehn Jahren auch kaum erhöht wurde. Gleichzeitig ist aber die Zahl der behandlungs- und betreuungsbedürftigen Personen gestiegen. „Das Problem besteht darin, dass die Politik und das medizinische Personal nicht auf der gleichen Wellenlänge sind“, sagt Marie, die Pariser Krankenschwester. „Wir haben eindeutig nicht denselben Wunschkatalog. Die wollen Einsparungen und sehen nur die finanzielle Seite. Wir sehen die menschliche Seite.“

Einer der sichtbarsten Effekte dieser Finanzierungsklemme ist der Abbau von Krankenhausbetten – in der heutigen Situation ein besonders brisantes Thema. Es besteht kein Zweifel daran, dass Frankreich hier immer noch gut aufgestellt ist. Mit 6 Krankenhausbetten für 1.000 Einwohner*innen (aktuelle OECD-Zahlen) steht das Land besser da als Italien (3,2) und die Vereinigten Staaten (2,8). Es fällt aber hinter das Nachbarland Deutschland (8) zurück, wobei sich dieser Trend in den letzten Jahren weiter negativ entwickelt hat. Die OECD und die Europäische Kommission haben in einem gemeinsamen Bericht im vergangenen Jahr festgestellt, dass die Anzahl der Krankenhausbetten in Frankreich zwischen 2000 und 2018 um 15 Prozent zurückgegangen ist, während die Bevölkerung im gleichen Zeitraum um 10 Prozent gewachsen ist.

Bei den Intensivbetten ist der Abstand noch deutlicher. Vor Ausbruch der Krise hat Frankreich nur über 5.500 Intensivbetten verfügt – das ist lediglich ein Fünftel der Betten, die es auf der anderen Seite des Rheins auf den Intensivstationen gibt. Diese fehlenden Betten wurden schnell zu einem offensichtlichen Problem, als die Pandemie Ende März auf ihren Höhepunkt zulief. Aus der französischen Region Grand Est, die besonders von der Pandemie betroffen war, wurden von den Behörden rund 60 Patient*innen über die Grenze in deutsche Krankenhäuser transportiert.

„Es kommt uns so vor, als würden wir hier den Scherbenhaufen aufkehren“, sagt eine Krankenschwester auf der Station eines Krankenhauses in Straßburg, die in eine Covid-Station umgewandelt wurde. Die Region um Straßburg hat es in Frankreich besonders hart getroffen. „Wir haben nicht genug Zeit, alles zu erledigen, wir haben nicht genug Zeit, die Patient*innen zu überprüfen, wir haben nicht genug Zeit, mit ihnen zu sprechen, und wir haben nicht genug Zeit für Nachbesprechungen mit dem neuem Personal.“

Austeritätspolitik zu Lasten des medizinischen Personals

„Auch eine andere Politik hätte das Virus nicht verhindert“, sagt die Krankenschwester Marie. „Aber eine andere Politik hätte dafür gesorgt, dass wir besser darauf hätten reagieren können.“

An Versuchen hat es nicht gemangelt. Die Gesundheitsgewerkschaften fordern schon seit langem mehr staatliche Finanzierung. Seit März des vergangenen Jahres organisiert das Personal von Intensivstationen immer wieder Streiks und Proteste, an denen schließlich fast 250 Einrichtungen im ganzen Land teilgenommen haben. Zu ihren Kernforderungen gehörten höhere Löhne und eine deutliche Anhebung des Gesundheitsetats insgesamt. Letztlich konnten sie sich nicht damit durchsetzen und das Gesundheitsministerium gewährte ihnen stattdessen einen einmaligen Bonus und eine moderate Lohn-erhöhung. Gleichzeitig wurde die Forderung nach mehr Personal und mehr Betten abgelehnt.

Aufgrund dieser Blockadehaltung gibt es ein gehöriges Maß an Skepsis gegenüber den neuen Tönen, die die Regierung in Bezug auf die Gesundheitsversorgung seit einiger Zeit anschlägt. In einer Rede, die Präsident Macron einige Zeit vor der Verhängung des Lockdowns gehalten hat, pries er den französischen Wohlfahrtsstaat als eine wertvolle Ressource und äußerte seinen Respekt vor den Held*innen in Weiß. Später, im selben Monat, lobte der Präsident erneut das Gesundheitspersonal und versprach einen „massiven“ Investitionsplan für die Krankenhäuser nach dem Ende der Krise. Bruno Lamaille sagt, er warte nach wie vor auf entsprechende Aktionen: „Es wäre gut, wenn die Regierung diese Sparpolitik stoppen würde, die zu Lasten des Gesundheitssystems und des medizinischen Personals geht.“

Ein Post-Corona-Plan für Krankenhäuser, in Auftrag gegeben vom Elysée-Palast, wurde der Presse zugespielt. Es lässt sich allerdings vermuten, dass mit einem solchen Ergebnis nicht so schnell zu rechnen ist. Der vom staatlichen Finanzinstitut „Caisse des Dépôts et Consignations“ (CDC) ausgearbeitete Vorschlag fordert vom Staat eine Umstrukturierung der Verschuldung öffentlicher Krankenhäuser, aber auch den umfassenderen Abschluss öffentlich-privater Partnerschaften und weitere finanzielle Unterstützung privater Kliniken und Krankenhäuser.

Dies ist jedoch nur ein erster Vorschlagsentwurf – und Lamaille und den anderen kommt zugute, dass das Interesse der Bevölkerung an der Stärkung öffentlicher Dienste anscheinend so hoch ist wie nie zuvor: In einer unlängst durchgeführten Studie über die politische Post-Corona-Landschaft haben neun von zehn Befragten erklärt, dass die Regierung die Vernachlässigung öffentlicher Krankenhäuser unter Strafe stellen sollte, und die Mehrheit sprach sich allgemein für die massive Aufstockung staatlicher Ausgaben aus, selbst wenn dies die öffentliche Verschuldung in die Höhe treiben würde. Eine Reihe neuer Vorschläge, die gemeinsam von den Gewerkschaften und Umweltgruppen – darunter CGT, Solidaires, Attac und Greenpeace – vorgelegt wurde, zeigt ein neues Interesse an der kollektiven Wohlfahrt und an der Umverteilung von Vermögen: ein Potenzial, das von der Linken durchaus genutzt werden kann. Damit ist ebenfalls die Forderung an die Regierung nach einem Ausbau öffentlicher Dienste verbunden. Abgesehen von der singulären Frage der Finanzierung hat die Pandemie auch dazu geführt, dass die Arbeit der Beschäftigten in essenziellen Berufen und ihr täglicher harter Einsatz deutlich mehr Anerkennung erfahren. Wie überall auf der Welt stellt sich die Frage, wie dies in der Politik umgesetzt werden kann.

Als Marie gefragt wird, was sie von Macrons Worten hält, mit denen er sie und ihre Kolleg*innen beschreibt, hält sie kurz inne. „Wir sind Held*innen wider Willen“, sagt sie. „Er sagt, wir seien Held*innen, weil wir seine letzte Chance sind. Wenn das medizinische Personal nicht arbeiten würde, käme niemand unbeschadet aus dieser Krise heraus.“

Cole Stangler ist in Paris lebender Journalist, Autor und Produzent, der für The Nation, Jacobin, The Washington Post und The Guardian schreibt.

Das System der öffentlichen Krankenhäuser in Frankreich ist nach wie vor eines der besten der Welt. Allerdings kommen das medizinische Personal und auch die Öffentlichkeit nicht umhin festzustellen, dass das System in den letzten Jahren erheblich unter Druck geraten ist.

Die französische Arbeiterbewegung im Brennpunkt

Durch die Protestbewegungen der letzten Jahre wurden die zentrale Rolle, aber auch die Schwachpunkte der Gewerkschaftsbewegung offengelegt. Von **Karel Yon**

Die Protestbewegung gegen die Rentenreform war noch in vollem Gange, als in Frankreich Ausgangsbeschränkungen verhängt wurden. Zunächst wollte die Regierung die Corona-Pandemie nutzen, um die Rentenreform möglichst rasch zu verabschieden, musste letztlich aber auf diesen Gewaltstreich verzichten. Bei der ersten Pressekonferenz des Präsidenten am 16. März 2020 kündigte Präsident Emmanuel Macron neben Regelungen zur Ausgangssperre die Aussetzung sämtlicher laufender Reformen, „beginnend mit der Rentenreform“, an, um sich auf die Bekämpfung der Pandemie zu konzentrieren. In der Regierungsmehrheit wurde sogar eine völlige Aufgabe des Reformvorhabens in Betracht gezogen.

Selbst wenn die Anliegen von gestern angesichts des aktuellen Notstands in weite Ferne gerückt zu sein scheinen, hat die Protestbewegung im Winter 2019/2020 Auswirkungen auf unsere heutige Situation. Die Streikbewegung hat die zentrale Rolle, aber auch die Schwachpunkte der französischen Gewerkschaftsbewegung offengelegt und aufschlussreiche Einblicke gegeben, die durch die Pandemiekrise weiter vertieft werden. Viele Arbeitnehmer*innen wenden sich nun an die Gewerkschaften, da sie in dem Widerspruch zwischen Ausgangssperre und Fortsetzung der wirtschaftlichen Tätigkeit gefangen sind.

Die Gewerkschafter*innen stehen an vorderster Front, um die Arbeiterklasse über ihre Rechte in dieser Ausnahmesituation zu informieren und gemeinsam Mindestanforderungen an den Gesundheitsschutz zu stellen. Vielfach wurde dabei von dem Recht auf Warnung (*droit d'alerte*) und Streikankündigung Gebrauch gemacht. Zum Teil wurden die Arbeitgeber*innen auch auf gerichtlichem Wege aufgefordert, Maßnahmen für den Gesundheitsschutz ihrer Arbeitnehmer*innen zu ergreifen. Ein Beispiel dafür ist das Urteil gegen Amazon Frankreich. Die Gewerkschaften sind außerdem unentbehrlich geworden, da die parlamentarische Opposition aufgrund der gestörten Arbeitsweise der politischen Institutionen kaum hörbar ist. Gleichzeitig treten aber auch ihre Schwächen in einem Kontext deutlicher zutage, in dem zahlreiche Arbeitgeber*innen den Pandemieschock nutzen, um sich über die Arbeitsgesetzgebung hinwegzusetzen und mit Unterstützung der Regierung die Gewerkschaften zu umgehen.

Vor diesem Hintergrund erscheint ein Rückblick auf die Proteste gegen die Rentenreform umso wichtiger: auf die Art und Weise, wie sie sich entwickelt hat, darauf, wie die Proteste an frühere Mobilisierungen anknüpfen und in einigen entscheidenden Punkten von diesen abweichen, wie sie neue Wege aufzeigen, um Überlegungen zu einer Erneuerung der Gewerkschaftsbewegung und zum Stellenwert der Arbeit in unserer Gesellschaft anzustellen.

Die lange Geschichte des Widerstands

Der Kampf gegen die Einführung eines „universellen Rentensystems“ reiht sich ein in die lange Geschichte des Widerstands gegen die Restrukturierung des französischen Kapitalismus, deren Kapitel mit den großen französischen Protestbewegungen in den Jahren 1995, 2003, 2006, 2009/2010, 2016/2017/2018 geschrieben wurde. Die Studien zur Konvergenz der Arbeits-

beziehungssysteme in Europa haben gezeigt, dass Frankreich trotz der zentralen Rolle des Staates in der Volkswirtschaft ähnliche Umwälzungen wie andere europäische Länder erfahren und somit einen französischen Weg zum Neoliberalismus beschritten hat.

Seit den 1980er Jahren wurde der staatliche Interventionismus neu auf die Dezentralisierung der Tarifverhandlungen, die Flexibilisierung der Arbeitsgesetze und neue, von der gewerkschaftlichen Präsentation abweichende Formen der Arbeitnehmervertretung ausgerichtet. Im Zuge von Reformen, die die staatliche Kontrolle über Sozialversicherungseinrichtungen stärkten und im Kampf gegen die Defizite des Staatshaushalts subsidiäre Lösungsansätze in den Bereichen Gesundheit und Renten unter Zugriff auf die Finanzmärkte förderten, wurde der Einfluss der Gewerkschaften auf dem Gebiet des Sozialschutzes erheblich eingeschränkt.

Als hochrangiger Beamter, der als Investmentbanker tätig war, verkörpert Macron an der Schnittstelle zwischen Politik und Finanzwelt dieses „Modernisierungsvorhaben“, das über jede politische Überzeugung hinaus seit mehreren Jahrzehnten von der französischen Verwaltungs- und Wirtschaftselite unterstützt wird. Es ist folglich nicht verwunderlich, dass Macron, der die Präsidentschaftswahlen 2017 für sich entscheiden konnte, da er sich von seinem Vorgänger, dem Sozialisten François Hollande, distanziert hatte (in dessen Regierung er nacheinander das Amt des stellvertretenden Generalsekretärs und des Wirtschaftsministers innehatte), den Reformkurs nicht nur beibehielt, sondern die Umsetzung der Reformen rasch vorangetrieben hat.

Nach den im Herbst 2017 erlassenen arbeitsrechtlichen Verordnungen – die von den Gewerkschaften als die „XXL“-Fassung des im Frühjahr 2016 verabschiedeten Arbeitsgesetzes kritisiert wurden –, nach der Abschaffung des Eisenbahner-Status, den Reformen der Arbeitslosenversicherung und der Berufsausbildung sowie dem Gesetz über die (Verwaltungs-) Umstrukturierung der öffentlichen Dienste, sollte nun die Rentenreform den Abschluss dieser intensiven Reformabfolge bilden. Die Rentenversicherung sollte in ein universelles, staatlich verwaltetes Punktesystem umfunktioniert werden, um somit ein für alle Mal das Konzept der Renten als sozialisierter Anteil am Arbeitsentgelt vom Tisch zu schaffen und die Rente als eine von den öffentlichen Behörden im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten gezahlten Zulage neu zu definieren. Diese grundlegende politische Reform hätte die Demontage der sozialdemokratischen Architektur vollendet, die aus der Zeit der Befreiung Frankreichs während des Zweiten Weltkriegs stammt.

25 Jahre soziale Kämpfe

Der Streiktag am 13. September 2019, der von einer Vielzahl der Beschäftigten der öffentlichen Nahverkehrsbetriebe in Paris (*Régie autonome des transports Parisiens, RATP*) befolgt wurde, läutete eine einzigartige Protestwelle ein. Ihre Einzigartigkeit gründete vor allem in ihrer Fähigkeit, den 25 Jahre andauernden Sozialkampf in destillierter Form abzubilden. Be-

Obwohl die Gewerkschaften und vor allem die CGT nach wie vor Schlüsselakteure der sozialen Bewegungen sind, hat ihr struktureller und organisatorischer Einfluss parallel zu ihrer Fähigkeit, die Arbeitswelt in ihrer gesamten Vielfalt zu vertreten, abgenommen.



stärkt durch den gewerkschaftsübergreifenden Aktionstag am 5. Dezember vereint diese Protestwelle den erneuten Streik im Transportwesen wie im Jahr 1995, die spontanen Aktionen der berufsübergreifenden Vollversammlungen, die seit dem Jahr 2000 organisiert werden, und eine tief verankerte Ablehnung der staatlichen Macht, die auf die Bürgerrevolten zurückgeht und nacheinander durch die Protestbewegung „Nuit debout“ im Frühjahr 2016 und die Gelbwesten im Winter 2018/2019 verkörpert wurde.

Die historische Mobilisierung der Beschäftigten der französischen Eisenbahn SNCF und der RATP, die fast zwei Monate lang im Streik waren, trug zur Nachhaltigkeit der Protestbewegung und zur Schaffung eines einzigartigen Klimas bei, das den Weg für Streiks in anderen Sektoren ebnete. So haben beispielsweise Rechtsanwält*innen, die sich ebenfalls in einem verlängerbaren Streik befanden, mit Formen kollektiver Verteidigung experimentiert, mit denen normalerweise ihre schwächsten Klienten, wie Migrant*innen ohne Papiere, ihre Rechte einfordern. Die Proteste des wissenschaftlichen Hochschulpersonals und insbesondere der Mitarbeiter*innen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, die nicht nur gegen die Rentenpläne, sondern auch gegen eine x-te Reform zur Kommodifizierung des höheren Bildungswesens auf die Straßen gingen, gipfelten am 5. März in einem Generalstreik an den landesweiten Hochschulen.

Diese Bewegung gab den Impuls für originelle Initiativen, wie etwa den Beschluss verschiedener akademischer Zeitschriften auf den Gebieten der Geistes- und Sozialwissenschaften, in den „Streik“ zu treten, oder die Entscheidung von digitalen Arbeitskräften, den Betrieb von Publikationsplattformen im Internet zu stören. Auch die feministische und die LGBTQI+-Bewegung sowie die Gelbwesten schlossen sich der Mobilisierung an, indem sie unter ihren eigenen Farben an den Demonstrationen teilnahmen.

Die zentrale Rolle und die Schwachpunkte der Gewerkschaftsbewegung

In einer Abfuhr an diejenigen, die zur Zeit der Gelbwesten-Revolte etwas verfrüht verkündet hatten, dass die von der Industriegesellschaft hervorgebrachten Protestformen, nämlich Streik und Gewerkschaftsbewegung, in der Krise seien, bekräftigte diese Bewegung die zentrale Bedeutung dieser Protestformen im gegenwärtigen sozialen Konflikt. Gleichzeitig traten aber auch die Schwachpunkte hervor. Zwar handelte es sich bei diesem Streik um einen der längsten Konflikte in der jüngeren Geschichte, der eine Vielzahl von sozialen Schichten mobilisierte. Die Protestwelle dürfte aber wohl nicht zu den massivsten gehören, sowohl was die Zahl der Demonstrierenden als auch der Streikenden betrifft. Die Repression der Straßenproteste, die seit der Verhängung des Ausnahmezustands nach den Anschlägen in Paris und Saint-Denis 2015 erheblich an Schlagkraft gewonnen hat, hat die Protestaktionen erheblich beeinträchtigt. Für die Streikteilnahme liegen zwar noch keine Zahlen für den letzten Zeitraum vor, die offiziellen statistischen Daten weisen jedoch auf einen langfristig drastischen Rückgang der Protestierenden hin.

Im Jahr 1976 belief sich die Zahl der „Nichtarbeitstage“ (journées individuelles non travaillées, JINT) aufgrund von Streiks in der Wirtschaft für 1.000 Beschäftigte im Handel auf 4.000 Arbeitstage. Seit den 2000er Jahren übersteigt diese Zahl selten 100 Streiktage, wobei 2010 als das Jahr gilt, in dem sich die vorhergehenden Proteste gegen die staatliche Rentenpolitik zahlenmäßig am stärksten ausweiteten (318 Streiktage). Selbst das Ausmaß der Proteste 2016 gegen die Arbeitsmarktreform hielt sich mit 131 Nicht-Arbeitstagen für 1.000 Beschäftigte in Grenzen. Frankreich steht dem übrigen Europa dabei in nichts nach: Sogenannte politische Streiks, die gegen Regierungen und ihre neoliberale Politik gerichtet sind, mehren sich, während ein Rückgang der sogenannten wirtschaftlichen

Streiks zu beobachten ist, bei denen die Arbeitgeber*innen direkt mit konkreten Anliegen wie Löhne, Beschäftigung oder Arbeitsbedingungen konfrontiert werden.

Angesichts der Vielschichtigkeit des Arbeitskampfs sollte der Fokus statt auf politischen Entscheidungen der Gewerkschaftsvorstände auf die strukturellen Faktoren gerichtet werden, die massive Arbeitsniederlegungen behindern. Sowohl qualitative als auch quantitative Studien zeigen, dass einer Streikaufnahme fast immer ein Dialog mit den Gewerkschaften vorausgeht. Bei einem durchschnittlichen gewerkschaftlichen Organisationsgrad von 11 Prozent sind die Chancen auf eine Infrastruktur für Mobilisierungsaktionen der Gewerkschaften jedoch sehr ungleichmäßig unter den Beschäftigten verteilt. Streiks werden somit tendenziell zum Vorrecht der Teile der Arbeiterschaft, deren Lage am stabilsten ist, und folglich derjenigen, die weiterhin unter relativ guten Beschäftigungsbedingungen in Bereichen tätig sind, in denen die Gewerkschaften noch über Verhandlungsstärke verfügen. Das trifft beispielsweise auf das Verkehrs- und Bildungswesen zu, die den Kern der Streikwelle im letzten Winter bildeten, und in denen etwa jeder fünfte Beschäftigte weiterhin gewerkschaftlich organisiert ist.

Diese Feststellung sollte jedoch nicht als politische Passivität der restlichen Arbeitswelt ausgelegt werden. Es kann vielmehr die zusätzliche Hypothese aufgestellt werden, dass sich die Streiks im Winter 2019/2020 vor allem nicht auf den Privatsektor ausweiteten, da sich dieser bereits im vorangegangenen Winter weitgehend an der Bewegung der Gelbwesten beteiligt hatte. Die Studien zu dieser Bewegung belegen eine Überrepräsentation der Arbeiterklasse und besonders der Arbeitskräfte, die von ihrer Tätigkeit her selten mobilisiert oder politisiert sind, die aus Vorstadtgebieten stammen, in kleinen Unternehmen beschäftigt sind, die personenbezogene Dienstleistungen erbringen und deren Teams zersplittert sind oder die zu den vom Erwerbsleben ausgegrenzten Gruppen gehören – Sektoren also, in denen die gewerkschaftliche Vertretung marginal ist.

Aufgrund des fehlenden Bezugs zur Gewerkschaftsbewegung und ihrem Aktionsrepertoire (das manchmal einfach nicht umsetzbar ist – denn wie kann ein Streik in Kleinbetrieben oder bei Tätigkeiten ohne Arbeitskollektiv, wie etwa bei der Haushaltshilfe, aussehen?), hat die Gelbwesten-Bewegung eigene Formen des Widerstands entwickelt, wie insbesondere die Besetzung der Kreisverkehre. Wie bei den urbanen Aufständen 2005 in Frankreich hatte die fehlende gewerkschaftliche Organisation der Demonstrationen auch gewalttätige Ausschreitungen zur Folge.

Zweifache Herausforderung für die Gewerkschaftsbewegung

Die Proteste gegen die Rentenreform reihen sich in einen längeren Protestzyklus ein, der 2016 mit der Bewegung gegen die Arbeitsmarktreform begann und in dessen Verlauf die Gewerkschaften teilweise eine zentrale Rolle spielten, während ihre soziale Repräsentativität in anderen Phasen, insbesondere durch Protestbewegungen wie „Nuit debout“ und die Gelbwesten, auf die Probe gestellt wurde. In diesem Sinne ist das soziale Konfliktpotenzial der letzten Zeit ein Indikator für die Stärken und Schwächen der französischen Gewerkschaftsbewegung. Obwohl die Gewerkschaften und vor allem die CGT nach wie vor Schlüsselakteure der sozialen Bewegungen sind, hat ihr struktureller und organisatorischer Einfluss parallel zu ihrer Fähigkeit, die Arbeitswelt in ihrer gesamten Vielfalt zu vertreten, abgenommen. Der Zeitraum 2016 bis 2020 hat die Gewerkschaftsbewegung daher vor eine zweifache Herausforderung gestellt.

Einerseits muss sie ihre Vertretungskapazitäten durch einen ehrgeizigen gewerkschaftlichen Ansatz wiederaufbauen und an die neue Arbeitswelt anpassen, die in mehreren Jahrzehnten der neoliberalen Transformation entstanden ist. Selbst die ausgefeiltesten Entwicklungspläne würden nicht genügen,

wenn die Gewerkschaften nicht gleichzeitig ihre Kapazitäten für den Widerstand gegen den Neoliberalismus und dessen Überwindung verstärken. Das ist die zweite an die Gewerkschaften gestellte Herausforderung, die indessen einen Widerspruch in sich trägt. Die großen sozialen Protestbewegungen sind zunehmend politisch ausgerichtet und suchen immer heftiger die Konfrontation mit der neoliberalen Agenda. Die Politisierung der Gewerkschaften nimmt jedoch ab, da sich ihr Handeln auf einen zunehmend autonomen Bereich der Arbeitsbeziehungen beschränkt. Die jüngsten sozialen Proteste konnten zwar erfolgreich diejenigen abmahnen, die neoliberale Reformen durchführen. Es ist jedoch nicht gelungen, eine Verbindung zwischen sozialen und politischen Forderungen herzustellen, um so die Strukturen des neoliberalen Staates selbst angreifen zu können.

Die Coronavirus-Krise verstärkt die Dringlichkeit eines fortschrittlichen alternativen Ansatzes. Einige haben argumentiert, dass die Pandemie das Ende des Neoliberalismus einläuten würde. Selbst Macron scheint die Vorzüge des Wohlfahrtsstaates wiederentdeckt zu haben, wie aus seinen Ansprachen hervorgeht. Die Rentenreform dürfte fallengelassen werden, da die Regierung infolge der Protestwellen und der Ausgangssperre die Gelegenheit verpasst hat, die Reform in ihre Regierungsagenda aufzunehmen. Die Rhetorik rund um die Sektoren, die nun als wesentlich gelten, hat zu einer plötzlichen Umkehr der Wertvorstellungen und symbolischen Arbeitshierarchien geführt. Die Arbeiterklasse und insbesondere Pflegekräfte, Beschäftigte im Einzelhandel, Arbeitskräfte im personenbezogenen Dienstleistungssektor und Lehrkräfte gelten nun als unersetzlich und für unser aller Leben von grundlegender Bedeutung. Zahlreichen Analysen zufolge gehörten viele der heutigen Schlüsselkräfte zu der Gelbwesten-Bewegung und sind Angestellte, die bisher durch spezielle Pensionssysteme abgedeckt waren. Dieses neue Bewusstsein geht somit auch auf die sozialen Proteste zurück, die politische Kategorien hervorgebracht und öffentlich gemacht haben, mittels derer wir heute die Pandemie als einen Indikator sehen können.

Es kann indessen nicht garantiert werden, dass diese symbolischen Umwälzungen politische Handlungen nach sich ziehen, denn die Zeit nach der Krise kann sich als katastrophal erweisen. Infolge der Dringlichkeitsmaßnahmen hat die Verschuldung des Staates und der Sozialversicherung einen historischen Stand erreicht. Die Rechtsparteien und Arbeitgeberverbände betreiben Panikmache um den drohenden Verlust von Arbeitsplätzen und fordern eine tiefere Verankerung der neoliberalen Sparpolitik und des Abbaus arbeitsrechtlicher Normen und Standards. Diese letzte Option ist umso wahrscheinlicher, da sich die Regierungspolitik strukturell auf einen ausgeprägten neoliberalen Ansatz stützt. Zur Verhinderung dieses Worst-Case-Szenarios müssen sich die fortschrittlichen Kräfte der sozialen und politischen Opposition rund um einen alternativen Ansatz zusammenschließen.

In diesem Sinne unterstützen Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften gemeinschaftlich die #PlusJamaisÇa-Forderung nach „dringenden und langfristigen Maßnahmen für soziale und Klimagerechtigkeit“, was ein erster Schritt in die richtige Richtung ist. Durch die Vereinigung des anti-neoliberalen Pols der Bürger- und Umweltbewegungen mit den wichtigsten gewerkschaftlichen Akteuren bei den Protesten gegen die Rentenreform besteht seit kurzem Bereitschaft für einen Dialog mit links georteten Kräften zu der Frage, wie „mit dem neoliberalen Chaos gebrochen werden kann“. Kommt ein solcher Dialog zustande, könnte er der anhaltenden Entpolitisierung der Gewerkschaften ein Ende setzen, die viel zu lange den Weg für ihre Niederlagen geebnet hat.

Der Politikwissenschaftler und Soziologe **Karel Yon** ist CNRS-Forscher am Zentrum IDHE.S der Universität Paris-Nanterre. Er forscht zu Gewerkschaftsbewegungen, sozialen Protestbewegungen und Beschäftigungspolitik.



Coronakrise, Klimakrise – gleicher Kampf

Beide Krisenprozesse verdeutlichen die strukturellen Ungerechtigkeiten infolge kapitalistischer Wirtschaftsstruktur und kolonialistischer Geschichte. Von **Nessim Achouche**

Der Coronavirus hat eine weltweite Krise ausgelöst, bei der Frankreich mit über 550.000 Infizierten und 31.000 Toten zu den am stärksten betroffenen Ländern zählt. Das Motto der Gelbwesten „Monatsende, Weltende, gleicher Kampf!“ klingt nunmehr wie eine unheilvolle Prophezeiung.

Die strikten Quarantäneauflagen, die in Frankreich verhängt wurden, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen, waren wie Salz in den offenen Wunden eines Landes, das noch bis vor kurzem soziale Unruhen über einen außergewöhnlich langen Zeitraum erlebte. Seit Beginn des Aufstands der Gelbwesten vor mehr als eineinhalb Jahren bis hin zur Massenbewegung gegen den Rentenreformentwurf waren massive Sozialproteste zu Kernthemen wie Klimawandel und Solidarität an der Tagesordnung auf den französischen Straßen.

Für die künftige Klimapolitik werden die sich bereits abzeichnenden Parallelen zwischen der Covid-19-Pandemie und der Klimakrise richtungsweisend sein. Wesentliche Elemente in dieser Gegenüberstellung sind die krassen Ungleichheiten, unter denen die am stärksten Betroffenen leiden, und die Forderung nach einer ganzheitlichen Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Der Vergleich liefert die Grundlage, um neue politische Konzepte für die Covid-19- und die Klimakrise zu entwickeln.

Macron 2.0?

Staatspräsident Emmanuel Macron hatte zunächst als „Kriegstreiber“ die Nation zum Kampf gegen den unsichtbaren Feind aufgerufen. Dann änderte er allerdings seinen Tonfall und gibt sich nun nicht mehr als Oberbefehlshaber, der seine Truppen mobilisiert und die Nation auf eine Zeit großer Opfer vorbereitet. Vielmehr zeigt er sich von einer fürsorglichen Seite und ist

besorgt über das Leid und die Opfer seines Volkes sowie über die wachsenden Ungleichheiten, die sich durch die Coronakrise weiter vertiefen.

In einem Interview mit der renommierten liberalen Tageszeitung „Financial Times“ erklärte der ehemalige Banker kürzlich, dass er offen für Veränderungen und für unorthodoxe soziale und wirtschaftliche Maßnahmen auf staatlicher und europäischer Ebene sei. Auf die Frage des Journalisten nach dem Zusammenhang zwischen dieser Krise und dem Klimawandel versicherte der französische Präsident, dass die Gesundheitskrise ein „Weckruf“ wäre und ermahnte die Industrieländer, jetzt sofort zu handeln, bevor es zu spät sei. Diese Worte, die von Greta Thunberg hätten stammen können, warfen unter den Beobachter*innen zahlreiche Fragen auf. Ein konkreter Aspekt kristallisiert sich dabei schnell heraus, nämlich: Wie könnte der Klima-Aktionsplan in der verbleibenden Amtszeit von Macron aussehen und wie weit würde er vom aktuellen Ansatz abweichen?

Frühere Visionen eines „Ökologen“

Die Frage kann zwar nicht direkt beantwortet werden, als aufschlussreich erweist sich aber die Beschäftigung mit dem plötzlichen Sinneswandel von Macron vor dem Hintergrund seines Regierungsstils in den letzten zweieinhalb Jahren. Es liegt der Schluss nahe, dass sich Macron im letzten Teil seiner fünfjährigen Amtszeit auf Klima- und Umweltbelange konzentrieren wollte. Dies kann als letzter Schritt seiner dreistufigen Wiederwahlstrategie verstanden werden:

Erstens die Beschleunigung der Flexibilisierung des französischen Sozialsystems und Arbeitsrechts, die Liberalisierung der Wirtschaft und Reduzierung der sozialen Sicherheit auf

das Minimum eines Auffangnetzes, um gleichzeitig ein für Investor*innen günstiges wirtschaftliches Umfeld zu schaffen, was gemäß der ökonomischen Orthodoxie als sogenannte Modernisierungsmaßnahme gelten würde. Zweitens die Positionierung als Leitfigur und Visionär Europas, wobei Macron die mangelnde Bereitschaft von Bundeskanzlerin Merkel und Deutschland ausnutzt, in diese Rolle zu schlüpfen. Drittens die Beschäftigung mit Umwelt und Klimawandel, um die „progressiven“ und selbst planetarischen Aspekte dieser visionären Profilierung zu konsolidieren und so sicherzustellen, dass er hinsichtlich der Forderungen des „progressiven“ Flügels seines Parteienbündnisses als aufgeschlossen wahrgenommen wird.

Dieser letzte Punkt dürfte bereits Teil von Macrons ursprünglicher Strategie gewesen sein. Seine Glaubwürdigkeit bei diesem Thema wurde jedoch durch den Rücktritt des populären Umweltministers Nicolas Hulot geschwächt. Hulot begründete sein Ausscheiden damit, dass der Regierung echte Klimaambitionen fehlten und dass keine ausreichende Distanz zu den Lobbyist*innen in den Bereichen Industrie und fossile Brennstoffe gewahrt würde.

Zwei Monate später, im Oktober 2018, wurde der Aufstand der Gelbwesten durch die geplante Dieselmotorensteuer ausgelöst. Die Maßnahme wurde als Verschärfung der sozialen Ungleichheiten und generell als Beispiel für ungerechte und nicht nachhaltige Klimamaßnahmen erachtet. Dass Macron keines der wirtschaftlichen Kerninteressen auf dem Altar des Klimawandels einbüßen, geschweige denn opfern wollte, wurde mit dem Freihandelsabkommen CETA deutlich, das trotz starker Widerstände im Parlament und in der Bevölkerung im Juli 2019 ratifiziert wurde.

Bürgerkonvent und politische Beteiligung

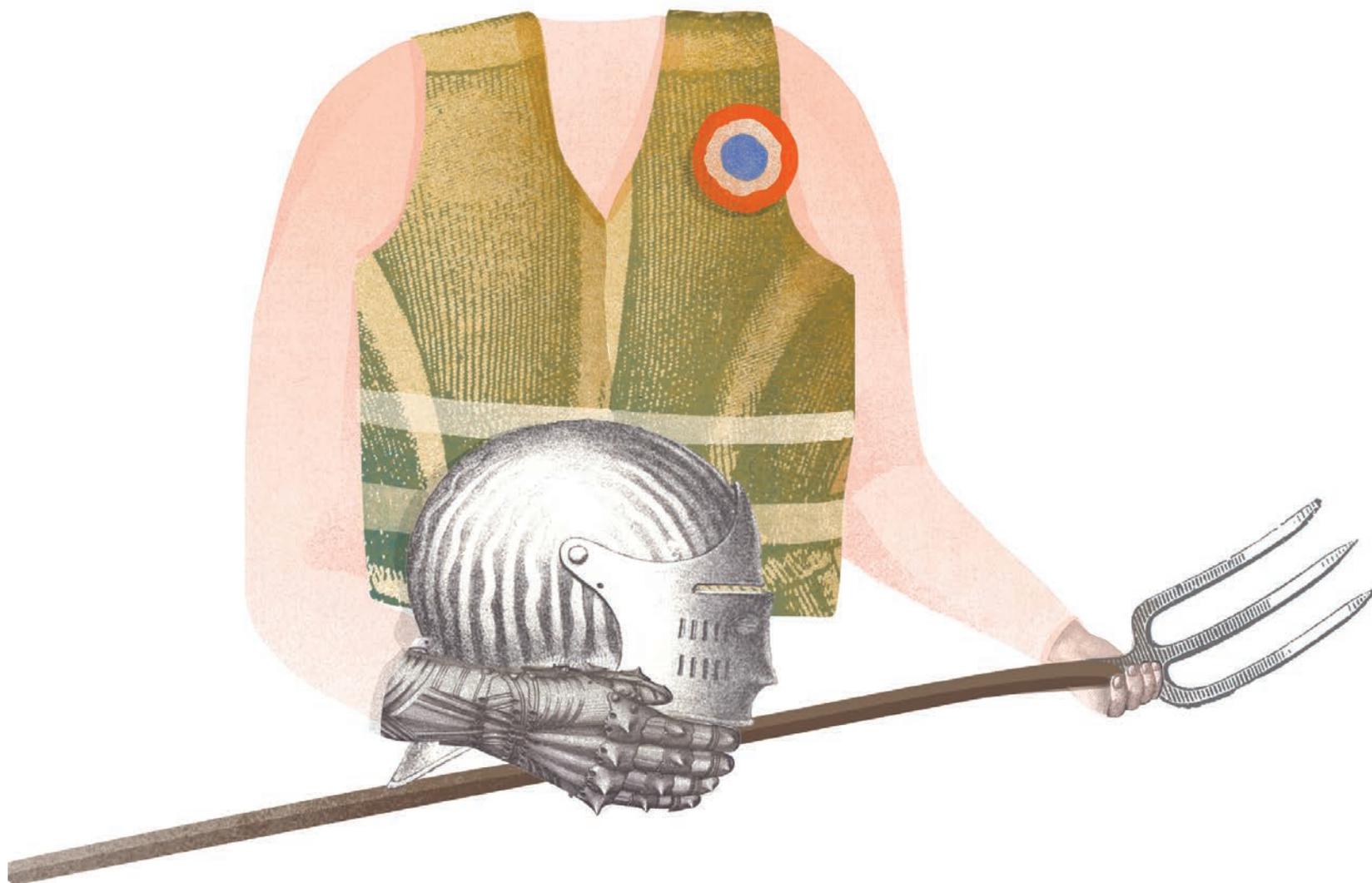
Macrons klimapolitischer Ansatz befindet sich seit dieser Zeit in einem Entwicklungsprozess. Ein Einflussfaktor war sicherlich das gute Ergebnis der französischen Grünen EELV („Europe Écologie Les Verts“) bei den Europawahlen 2019. Mit ihrem Stimmenanteil von fast 13 Prozent konnten sie sich landesweit

als drittstärkste Partei hinter dem rechtsextremen Rassemblement National von Marine Le Pen und La République en Marche von Macron positionieren. Die „Grüne Welle“ überrollte ganz Europa und insbesondere Deutschland, was für Macron ein weiterer Grund dafür war, seine Strategie zu überdenken.

Vor Beginn der Pandemie wartete Macron auf die Ergebnisse des „Bürgerkonvents für das Klima“ („Convention Citoyenne pour le climat“), um danach auf die wahlpolitisch wichtige Klimafrage zu reagieren. Der Konvent wurde im Zuge der „Großen Debatte“ ins Leben gerufen, einer dreimonatigen öffentlichen Anhörung mit landesweiten Bürgerversammlungen, an der Macron persönlich teilnahm. In mehreren Fernsehshows zeigte er sich über die Alltagsprobleme der Menschen besorgt, oft in einem paternalistischen Tonfall, und beruhigte oder tadelte seine Mitbürger*innen abwechselnd.

Diese öffentliche Anhörung (ein gängiger Begriff in der Welt der Europäischen Kommission) war als Reaktion auf die Forderung nach einer direkten Bürgerbeteiligung an politischen Entscheidungen gedacht, die während der Gelbwesten-Proteste laut wurde. Dem Bürgerkonvent für das Klima gehören 150 durch Los ausgewählte Mitglieder an. Sie wurden damit beauftragt, eine Reihe von Maßnahmen zu erörtern und Vorschläge einzubringen, die die französischen CO₂-Emissionen bis 2040 um 40 Prozent verringern würden.

Am 11. April 2020 legte der Konvent der Regierung in einer Videokonferenz eine Liste mit 50 Vorschlägen vor. Diese wurden bisher zwar nicht vollständig veröffentlicht, Teile sickerten aber in die Medien durch und legten vor allem angesichts der aktuellen Coronakrise die Vermutung nahe, dass sie bereits überholt sind. Einige Vorschläge gehen sicherlich in die richtige Richtung, wie etwa die Sanierung von Gebäuden, Begrenzung der Stadterweiterung, Ausbau von Fahrradwegen in städtischen und ländlichen Gebieten. Insgesamt folgen sie aber der Denkweise der nachhaltigen Entwicklung, der sich die Vereinten Nationen und andere internationale Institutionen verschrieben haben. Bereits vor der jetzigen Krise war dieser Ansatz völlig unzureichend, und die Vorschläge des Konvents sind heute



noch viel weiter davon entfernt, der infolge der Corona-Pandemie vorgebrachten Forderung nach massiven gesellschaftlichen Veränderungen gerecht zu werden.

Analysiert man die Krise und ihre möglichen Folgen, dann scheint es, dass die Wahrnehmung von Risiken, Gefahren und Vorbereitungen zumindest eine Zeit lang in der Bevölkerung für Verunsicherung sorgen wird. Regierende könnten schlecht beraten sein, wenn sie vorgeben, dass alles beim Alten bleibt, denn sie riskieren, als realitätsfremd zu gelten. Macron, der dies anscheinend erkannt hat, erklärt sich nun als Wegbereiter des Querdenkens und behauptet, er verspüre das tiefe Bedürfnis, neue Ansätze zu entwickeln.

Die Notwendigkeit radikalen Wandels

Die Covid-19-Krise liefert wertvolle Hinweise bezüglich der Klimakatastrophe und geeigneter politischer Maßnahmen. Die Gesundheits- und die Klimakrise sind beide externe physische Krisen, die konkrete Auswirkungen auf physische Körper haben – auch durch die direkte Todesgefahr – und sich beispielsweise von den abstrakteren Komponenten der Finanzkrise unterscheiden. Die jetzige Krise hat auch verdeutlicht, dass frühzeitige drastische Maßnahmen, darunter Massentests, Quarantäne und Kontaktvermeidung, sich in verschiedenen Ländern und Kontexten als wirksam erwiesen haben.

Die Bedeutung der Dringlichkeit veranschaulicht, was Klimaaktivist*innen und die wissenschaftliche Gemeinschaft schon seit langem vorbringen: Ein rascher und radikaler Klimaschutz wird uns nicht nur vor zukünftigen Katastrophen bewahren, sondern wird auch unsere aktuelle Herangehensweise, beispielsweise zur Produktion und Rohstoffgewinnung, neu strukturieren. Die Klimakrise schreitet fort, und wir haben genügend wissenschaftliche Beweise, um das zu messen. Ein Vermeiden oder Verzögern der erforderlichen Maßnahmen muss nun vor dem Hintergrund der aktuellen Gesundheitskrise beurteilt werden.

Falls Macron die Notwendigkeit eines Wandels ernst meint, stellt sich die Frage, ob er ein Moratorium für Investitionen von französischen Unternehmen in fossile Brennstoffe verhängen wird, und zwar insbesondere für jene Gasinvestitionen, die für die Hälfte des Anstiegs der CO₂-Emissionen seit 2012 verantwortlich sind. Wird also der Staat den Sektor der fossilen Brennstoffe angesichts des dramatischen Einbruchs des Ölpreises – zum Teil auf einen absurden Negativwert – neu definieren und für betroffene Arbeitskräfte konkrete Unterstützung bereitstellen?

Ohne Umstrukturierungen, Schulungen von Beschäftigten und Umgestaltung der Managements würde eine Rettung der Industrie für fossile Brennstoffe oder der Luftfahrtbranche einem völligen Leugnen des klimatischen Notstandes gleichkommen und könnte nicht mehr als Regierungsarbeit bezeichnet werden.

An vorderster Front – hier und überall

Wie die Klimakrise verdeutlicht die Coronakrise die strukturellen Ungerechtigkeiten, die durch unsere kapitalistische Wirtschaftsstruktur sowie unsere imperialistische und kolonialistische Geschichte geschaffen wurden. Die Frontline-Gemeinschaften, die von der Krise am stärksten betroffenen Menschen, gehören nämlich zu denselben sozioökonomischen Gruppen, die ohnehin aufgrund wirtschaftlicher, geschlechtsspezifischer und ethnischer Prämissen diskriminiert werden.

Die Anzahl der mit dem Coronavirus Infizierten und der Todesfälle war besonders hoch im ärmsten Departement Frankreichs, Seine-Saint-Denis, in dem vorwiegend ethnische Minderheiten aus den ehemaligen französischen Kolonien leben. Ihre besondere Verwundbarkeit erklärt sich durch ihre prekären Lebensbedingungen, den Mangel an menschenwürdigen Wohnverhältnissen und die wenigen Krankenhäuser und Ärzt*innen in der Region. Die hohe Beschäftigungsrate im Bau- und Pflegektor – im Letzteren sind vor allem Frauen beschäftigt – ist ein weiterer Grund dafür, dass diese isoliert lebende Gemeinschaft stark von der Krise in Mitleidenschaft gezogen wird.

Angesichts der aktuellen Situation müssen wir auch an die Gemeinschaften im globalen Süden denken, die an vorderster Front ihre Häuser und ihren Lebensraum an die steigenden Meere verlieren werden oder die massiven Auswirkungen von verheerenden Klimaereignissen wie Wirbelstürme und Überschwemmungen ertragen müssen.

Die Pandemie bestätigt, dass die durch Ausbeutung und Ungerechtigkeit entstandene Verwundbarkeit in Zeiten der Krise noch sichtbarer wird. Im Rahmen des sozialen und ökologischen Wandels, der für die Ära nach der Coronakrise unabdingbar ist, muss die massive Verarmung der Erwerbstätigen angegangen werden, die der gegenwärtige Neoliberalismus auslöst. Die Situation Frankreichs legt nahe, dass alles andere den sozialen und politischen Zerfall, der in vielen europäischen Gesellschaften bereits im Gange ist, noch verstärken wird.

Das Entstehen neuer Bündnisse

Sollte Macron vergessen, dass er gegenüber den Leser*innen der „Financial Times“ Veränderungen zugesichert hat, werden ihn die Zivilgesellschaft und die sozialen Bewegungen im Land an den notwendigen radikalen Kurswechsel seiner Klimapolitik erinnern.

In einem offenen Brief, der im März unter dem Titel „Plus jamais ça!“ („Das darf nie wieder passieren!“) veröffentlicht wurde, riefen 18 Vertreter*innen der führenden Gewerkschaften und anderer gesellschaftlicher Organisationen zu einem endgültigen Wechsel in der neoliberalen Politik Macrons auf und forderten eine entschiedene Reaktion auf die Krise, einschließlich eines sofortigen Entlassungsstopps, eines Einfrierens der Mieten und einer Beschlagnahme unbewohnter Häuser zur Unterbringung von obdachlosen Menschen.

In dem offenen Brief wird auch das weitere Vorgehen angesprochen, nachdem das erste Rettungspaket gewährt wurde und die Zeit für den wirtschaftlichen Wiederaufbau gekommen ist. Und auch hier ist die Botschaft klar: Der Weg muss der der ökologischen Transformation der Wirtschaft und einer gleichzeitigen Umverteilung des Reichtums sein, während die erforderlichen öffentlichen Dienste zur Unterstützung dieses Wandels wieder aktiviert werden müssen. Im Bereich Nahrungsversorgung fordern die Unterzeichnenden die Umstrukturierung und Relokalisierung der Agrarsysteme.

Der „Green New Deal“ (GND) wird in dem Brief zwar nicht erwähnt, die allgemeinen Forderungen entsprechen jedoch dem, was von der anderen Seite des Atlantiks herüberschallt, und vor allem den GND-Vorschlägen der US-Demokraten Alexandria Ocasio-Cortez und Bernie Sanders. Die Vorstellung, dass eine engagierte Klimapolitik untrennbar mit der Neuordnung unserer sozialen und wirtschaftlichen Strukturen verbunden sein muss, scheint sich bei verschiedenen progressiven Akteuren und Zivilgesellschaft weltweit organisch zu verankern.

Bleibt die Frage, wie diese neuen Koalitionen vorgehen sollten, falls Macron seine Vorsätze so schnell vergisst, wie er sie gefasst hat. Ein erster Hinweis auf eine solche Gedächtnislücke könnte die Entscheidung Frankreichs sein, seine CO₂-Emissionen für den Zeitraum 2019–2023 nicht überprüfen zu wollen.

Lösungsansätze könnten sich durch die neuen Bündnisse und die geschlagenen Brücken ergeben. Wichtig ist auch, dass wir von den Beschäftigten im Gesundheitswesen und im öffentlichen und privaten Sektor lernen, die die Gesellschaft auf ihren Schultern getragen haben und bald die gerechte Anerkennung für ihre Leistungen einfordern werden. Wenn die Klimabewegung zusammen mit anderen gesellschaftlichen Kräften die Bedürfnisse in den Vordergrund rücken kann, die in Frankreich, Europa und dem globalen Süden an vorderster Front den kommenden Herausforderungen ausgesetzt sind, dann könnte das „Plus jamais ça!“ bald Wirklichkeit werden, statt nur eine gute Hoffnung zu bleiben.

Nessim Achouche ist Projektmanager im Büro Brüssel der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Ein rascher und radikaler Klimaschutz wird uns nicht nur vor zukünftigen Katastrophen bewahren, sondern wird auch unsere aktuelle Herangehensweise, beispielsweise zur Produktion und Rohstoffgewinnung, neu strukturieren.

„Das ‚gemeine französische Volk‘ hat die Bastionen der Macht fest im Visier“

Ethan Earle am französischen Nationalfeiertag über die Gelbwesten damals und heute sowie den Bürgerkonvent für das Klima



Ethan Earle ist Projektkoordinator von „Eine Zeit in der Hölle“ und politischer Berater in Paris. Das Interview wurde geführt von **Axel Ruppert**, Projektmanager im Büro Brüssel der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Wie ist es derzeit um die Gelbwesten bestellt und welchen Herausforderungen sehen sie sich gegenüber?

Zunächst möchte ich betonen, dass die Französischen und Franzosen heute, am 14. Juli, ihren Nationalfeiertag begehen und an den Sturm auf die aus dem Mittelalter stammende Bastille im Pariser Zentrum erinnern, die einst als Waffenlager und Staatsgefängnis diente und Sinnbild königlicher Tyrannei und Macht war. Die Einnahme der Bastille durch das gemeine französische Volk stellte einen entscheidenden Wendepunkt im Laufe der Französischen Revolution dar. Heutzutage geht der Nationalfeiertag zumeist einher mit der größten Militärparade Europas und sonstigen Bekundungen in Form eines kruden Nationalismus und reaktionärer Staatsmacht. Gleichzeitig bleibt die Place de la Bastille ein beliebter Treffpunkt für Menschen aus ganz Paris und darüber hinaus und fungiert häufig als Schauplatz für Protest und politische Demonstrationen.

Angesichts der aktuellen Turbulenzen in der französischen Politik und insbesondere der Gelbwestenbewegung („Gilets jaunes“) sowie der breiten Bürgerinitiativen der letzten Jahre halte ich diesen Tag für besonders passend, um dieses Gespräch zu führen.

Die Gelbwesten werden häufig als Bewegung bezeichnet oder beiläufig als Bewegung interpretiert. Nach meiner Auffassung führt dies zu einer konzeptuellen Verwirrung. Bewegungen kommen typischerweise durch ein dialektisches Wechselspiel zwischen Spontaneität und Organisation zustande – so wie auch Rosa Luxemburg von der Dialektik der Bewegung sprach. Die Gelbwestenbewegung bildete sich außerhalb organisatorischer Strukturen und weitestgehend als deren Gegengewicht. Wenngleich aus den Protesten der Gelbwesten geordnete Strukturen hervorgingen, könnte niemand je den Anspruch erheben, die Gelbwesten als Ganzes zu verkörpern. Folglich gab es nur sehr wenige konkrete Forderungen, die wirklich dem kollektiven Protest zugeschrieben werden konnten.

Das heißt, die Gelbwesten sind keine Bewegung?

Meines Erachtens stellen die Gelbwesten keine Bewegung, sondern eher ein breites und größtenteils spontanes Aufbegehren der Arbeiterklassen gegen den politischen Status quo und die gegenwärtigen Machtverhältnisse im Land dar. Die in Frankreich bei den Protesten getragenen gelben Westen dienten zwar als hervorstechendes optisches Symbol der Einheit, täuschten aber auch darüber hinweg, dass sich darunter das gesamte Spektrum der Wut und Sehnsüchte der französischen Arbeiterklasse verbarg – revolutionäre, reformistische und reaktionäre, aber auch visionäre, äußerst konkrete und ebenso recht inhaltslose Konzepte. So wie das in der Regel aus dem spontanen Aufstand einer Struktur entsteht, die so heterogen und politisch fragmentiert ist wie die heutige französische Arbeiterklasse.

Doch lassen Sie mich nach diesen Ausführungen auf Ihre Frage eingehen. Wenn es um die Gelbwesten geht, lässt sich dieses Kollektiv lediglich als Cluster aus politisch entfremdeten und unzufriedenen Arbeiterklassen mit gemeinsamen Herausforderungen beschreiben, deren Lösungen genauso komplex

sind wie das Kollektiv selbst. Und bedauerlicherweise sind die Lebensbedingungen der französischen Arbeiterklasse insgesamt betrachtet genauso schlecht und wechselhaft wie in der Zeit vor dem Aufstand.

Zwar halten die Proteste der Gelbwesten an, doch seit Frühjahr letzten Jahres haben die Aktivitäten nicht mehr zugenommen. Nach wie vor gehen Menschen auf die Straße, während aus den Unruhen verschiedene politische Initiativen hervorgegangen sind, einige davon revolutionär, andere reformistisch und wieder andere reaktionär. Ohne Frage standen einige der Bürgerlisten bei den jüngsten Kommunalwahlen unter dem Einfluss der Gelbwesten. So gelang es der Neuen Antikapitalistischen Partei (Nouveau Parti anticapitaliste, NPA) einen ehemaligen Gelbwesten-Aktivist, der bei dem brutalen Polizeieinsatz unter der Macron-Regierung seine Hand verloren hatte, in den Stadtrat von Bordeaux zu bringen. Doch wenn wir die Gelbwesten irrtümlicherweise als kohärente Bewegung bezeichnen, entpuppen sich der „Output“ oder die „gegenwärtige Lage“ dieser Bewegung unvermeidlich als Enttäuschung.

Auch wenn das etwas bedrückend und pessimistisch klingen mag, bewerte ich den Einfluss der Gelbwesten trotz dieser Heterogenität und Fragmentierung äußerst positiv. Für mich sind die Demonstrationen der Gelbwesten der Gipfelpunkt von Bürgerprotesten, die während der „Nuit debout“ 2016 begannen und in weitere Missmutsbekundungen – wie gegen Kürzungen der Gelder für Krankenhäuser, die vorgeschlagene Rentenreform sowie in jüngerer Zeit die Kundgebungen gegen Polizeigewalt und rassistische Diskriminierung – mündeten. Ich sage nicht, dass alle diese Proteste gleich sind und schon gar nicht, dass alle Demonstrant*innen dieselbe Auffassung vertreten. Ich bin aber davon überzeugt, dass die Proteste der Gelbwesten dieser Epoche einen überdeutlichen Stempel aufgedrückt haben. Denn nun können Menschen aller Klassen und Hintergründe einer selbstherrlich gewordenen politischen Klasse – die den Aufschrei der vielen Menschen überhört, die das politische und wirtschaftliche System Frankreichs nicht länger für tragbar halten – die Zähne zeigen.

Wie bewerten Sie die von Präsident Macron initiierten Bürgerversammlungen?

Ein unmittelbares Ergebnis der Gelbwesten-Proteste ist der Bürgerkonvent für das Klima, der von Präsident Macron im Rahmen der „großen nationalen Debatte“ eingerichtet wurde, die ebenfalls überwiegend als Antwort auf das Aufbegehren der Gelbwesten gedacht war. Dieser Konvent setzte sich aus über 150 per Losverfahren bestimmten Vertreter*innen der französischen Gesellschaft zusammen und sollte Maßnahmen vorschlagen, um die nationalen CO₂-Emissionen um 40 Prozent zu senken. Am 21. Juni legte der Konvent eine formelle Liste mit 149 Vorschlägen vor.

Das Spektrum der vorgeschlagenen Maßnahmen ist äußerst breit und umfasst unter anderem die Themen Verkehr, Wohnungswesen, Konsum, Produktion, Arbeit und den Lebensmittelsektor. Konkretere Beispiele reichen von Investitionen in das Schienennetz über die Einführung einer Luftverkehrsabga-

be bis zur Einbeziehung der Ziele des Pariser Klimaschutzübereinkommens in das Freihandelsabkommen zwischen Kanada und der EU (CETA).

Einige Vorschläge und die verwendete Sprache erinnern bisweilen an die nachhaltigen Entwicklungskonzepte internationaler Institutionen, die sich bereits vor der Covid-19-Krise als unzureichend erwiesen hatten. Zudem findet sich unter 149 Vorschlägen nichts wirklich Neues und Innovatives. Vergleichsweise neu ist da schon, dass die Vorschläge von einer Bürgerversammlung stammen und auf soziale Proteste zurückgehen. Insgesamt zeugen sie von einer recht guten politischen Orientierung, die – sofern umgesetzt – nicht nur Frankreichs Verhältnis zum Klimawandel, sondern auch zum Kapitalismus radikal verändern würde.

Wie realistisch ist eine Umsetzung?

Zweifelsohne hängt die potenzielle Umsetzung wie ein Damoklesschwert über den Vorschlägen des Bürgerkonvents. Insbesondere angesichts der „Grünen Welle“, die Frankreich scheinbar bei den jüngsten Kommunalwahlen völlig umgекреmpelt hat, meine ich, dass Macrons Partei La République en Marche!, die im Parlament die Mehrheit behält, einige der Vorschläge umsetzen wird. Gleichwohl sollten wir – auch angesichts einer jüngsten Kabinettsumbildung, in deren Rahmen Macron seine Absicht bekannt gab, sich 2022 zur Wiederwahl zu stellen und auch Wähler*innen der Rechten anzusprechen – nicht erwarten, dass Veränderungen, die die dominante Rolle von Markt und Großkapital in der französischen Gesellschaft von Grund auf umwälzen, umgesetzt werden.

Demgemäß sind dem Erfolg notgedrungen Grenzen gesetzt. Doch dies entspricht dem Status quo, der nicht nur in Frankreich, sondern auch in anderen Teilen der Welt gegeben ist. Wenn sich nicht neoliberale politische Projekte wie von Macron durchsetzen, dann siegen irgendwann fortschrittsfeindliche Politiken wie von Trump, Bolsonaro oder Duterte. In diesem globalen Kontext des Rückzugs und der Verteidigung sollten meines Erachtens sowohl der Bürgerkonvent als auch dessen Empfehlungen zu begrüßen sein. Schließlich spiegeln sich hierin altbekannte Forderungen verschiedener linker Bewegungen wider. Dass es diese ohne die Gelbwestenproteste niemals ins Rampenlicht geschafft hätten, liegt auf der Hand.

Haben die Gelbwesten die jüngsten Kommunalwahlen in irgendeiner Weise beeinflusst?

Das ist schwer zu sagen, weil die Wahlen einerseits noch nicht lange zurückliegen und, wie ich bereits gesagt habe, die Gelbwesten derart amorph und heterogen sind. Ich hatte bereits die Wahl des Stadtrats in Bordeaux erwähnt. Bei den letzten Kommunalwahlen von 2020 traten über 400 Bürgerlisten an. 66 von ihnen errangen Sitze und standen in verschiedener Weise implizit oder explizit unter dem Einfluss der zuvor erfolgten Bürgerproteste. Diese Bürgerlisten nutzten unterschiedliche demokratische Neuerungen, wählten Kandidat*innen nach dem Zufallsprinzip oder über lokale Versammlungen aus oder schickten bisweilen Listen ohne spezifische Kandidaten ins Rennen. Die 66 erfolgreichen Listen traten in einigen kleineren Städten alleine an, doch insbesondere in größeren und sogar mittleren Städten wie Chambéry und Poitiers schlossen sie sich zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang zumeist mit traditionellen Parteien zusammen.

Soziologische Analysen zeigen gleichwohl, dass die meisten Menschen, die sich als Gelbwesten bezeichnen, die Wahlen von 2017 und 2019 boykottierten. Ebenfalls bekannt ist, dass die Mehrheit des französischen Volkes bei den jüngsten Kommunalwahlen zum ersten Mal überhaupt den Urnen fernblieb. Korrelation und Kausalität bereits so früh nach den Wahlen voneinander zu trennen, ist schwierig. Man kann es drehen und wenden wie man will, aber für mich hängen diese beiden Aspekte eindeutig miteinander zusammen. Ebenso wissen wir, dass unter den Wähler*innen der Gelbwesten

eine knappe Mehrheit generell linke Kandidat*innen bevorzugte, wie 2017 durch Jean-Luc Mélenchon verkörpert. Doch fast genauso viele stimmten für die rechtsextreme Kandidatin Le Pen und ihre Partei Rassemblement National.

Bei den Kommunalwahlen bildete Mélenchons Partei France insoumise in der Regel Koalitionen oder lehnte die Teilnahme an den Wahlen ab. Auch wenn ihr Einfluss demgemäß recht begrenzt war, zählte sie zu den verschiedenen Parteien der beeindruckenden Wahlunion Printemps Marseillais, die in Frankreichs zweitgrößter Stadt nach rund 20-jähriger konservativer Regierung die Macht übernahm. Indes konzentrierte sich Le Pens Partei Rassemblement National darauf, die Mehrheiten ihrer amtierenden Bürgermeister*innen zu festigen und gewann in der südfranzösischen Stadt Perpignan das Bürgermeisteramt. Trotz ihres Erfolgs und der Tatsache, dass sie erst zum zweiten Mal in einer Stadt mit mehr als 100.000 Einwohner*innen den Bürgermeister stellt, sorgte ihre recht engstirnige Strategie dafür, dass sie es nicht weiter ins nationale Rampenlicht schaffte.

Wie haben linke Kräfte bei den Kommunalwahlen abgeschnitten?

Abgesehen von den bereits genannten Bürgerlisten erlangten breite Linkskoalitionen unter Führung der Grünen oder sozialistischer Kandidat*innen bedeutende Wahlsiege. Inwiefern und ob die Grünen die Absicht hegen, das politische System umzugestalten, bleibt abzuwarten und darf möglicherweise bezweifelt werden. Sicher ist jedoch, dass ihnen ihre Position als relative Außenseiter im politischen System Frankreichs geholfen hat, sich zumindest gegen einige der vielen Gelbwesten-Sympathisanten durchzusetzen, die sich wie üblich politikverdrossen zeigten. Dennoch würde ich weiterhin behaupten, dass der Aufstand der Gelbwesten bei diesen Wahlen im Wesentlichen zu einem steigenden Anteil von Nichtwähler*innen geführt hat. Damit meine ich jene Französischen und Franzosen, die sich vom politischen Wahlprozess komplett übergangen fühlen.

Ich halte Wahlen gewiss für wichtig und würde Menschen immer dazu anhalten, sich am Wahlprozess zu beteiligen. Doch zu guter Letzt möchte ich auf den ursprünglichen Geist des Nationalfeiertags verweisen und deutlich machen, dass die Wahlurnen möglicherweise nicht das sind, wo sich der größte Protest der Gelbwesten entladen soll.

Ich betrachte Letztere – und im weiteren Sinne die Proteste der Bürger*innen, die Bürgerkonvente und Bewegungen und Aufstände in jüngerer Zeit – als Verurteilung des Systems in seiner heutigen Form. Sie befinden sich jenseits des Systems, das ihre Anliegen schon zu lange ignoriert und ihre vielen Rufe nach Veränderung unterdrückt, herunterspielt, verzerrt und schlussendlich für die eigenen Zwecke der regierenden Klasse missbraucht. Vor diesem Hintergrund insistieren sie weiterhin auf ihre Daseinsberechtigung, ihre kollektive Identität in all ihren Facetten und die Legitimität ihrer Forderungen.

Abschließend würde ich sagen, dass sich in den letzten Jahren in Frankreich ganz unzweifelhaft eine neue Protestbewegung herauskristallisiert hat, in deren Rahmen die Nuit debout, die Gelbwesten, die Beschäftigten in Krankenhäusern und im Gesundheitssektor, Rentner*innen und Gewerkschafter*innen, junge Menschen und Aktivist*innen für Klimagerechtigkeit und die Black Lives Matter-Bewegung zusammenkommen. Diese Bewegung findet bei Macron und dem gesamten politischen Establishment in einem Ausmaß Beachtung, was eher traditionellen politischen Bewegungen der Linken in den letzten Jahrzehnten nur schwerlich gelang. Das ist zwar noch kein Sieg an sich, ebnet aber den Weg, um den Kampf um Gerechtigkeit und Gleichheit auf einer anderen Ebene fortzuführen.

Gewiss: Die Bastille wird zwar nicht erneut belagert. Aber mehr denn je in der jüngeren Geschichte hat das gemeine französische Volk die Bastionen der Macht fest im Visier.

*In den letzten Jahren ist in Frankreich eine neue Protestbewegung entstanden, in deren Rahmen die Nuit debout, die Gelbwesten, die Beschäftigten in Krankenhäusern und im Gesundheitssektor, Rentner*innen und Gewerkschafter*innen, junge Menschen und Aktivist*innen für Klimagerechtigkeit und die Black Lives Matter-Bewegung zusammenkommen.*

Merkel und Macron: Ein Hauch von frischem Wind?

Pandemie und Wirtschaftskrise könnten die EU in ihrem Zusammenhalt in Frage stellen.

Von **Arif Rüzgar** und **Andreas Thomsen**

Bereits im April dieses Jahrs hatten sich die EU-Staats- und Regierungschefs auf ein Corona-Hilfsprogramm von über 500 Milliarden Euro für besonders von der Krise betroffene Staaten geeinigt. Dabei handelt es sich ausschließlich um zinsgünstige Kredite. Im Mai 2020 dann legten Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Emmanuel Macron einen weiteren 500-Milliarden-Wiederaufbauplan vor. Nach diesem Vorschlag sollten die Kredite als nicht rückzahlbare Mittel, als Zuschüsse für die Mitgliedsländer ausgegeben werden. Und – dies war das ganz Bemerkenswerte an Macrons und Merkels Vorschlag – die Europäische Union sollte zur Finanzierung dieses Plans erstmals als Union Schulden aufnehmen. Unklar blieb zunächst noch, ob der Fonds Teil des Haushalts der EU-Kommission sein sollte und wie er sich zusammensetzen und verteilen sollte. Länder wie Spanien, Italien und Portugal begrüßten den Vorschlag, nachdem sie sich schon früh für die Ausgabe von europäischen Anleihen ausgesprochen hatten.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen brachte daraufhin einen eigenen Vorschlag für den Wiederaufbau nach der Corona-Krise ins Spiel, wonach zumindest ein Teil der Mittel als nicht rückzahlbare Kredite ausgegeben werden sollte. Aber auch der Gegenwind ließ nicht lange auf sich warten. Er kam zuerst von Österreichs Kanzler Sebastian Kurz. Dieser machte prompt klar, dass er den Plan nicht unterstützen wolle. Gemeinsam mit den Niederlanden, Dänemark und Schweden (die Regierungen dieser vier Länder gefallten sich neuerdings darin, als „die sparsamen Vier“ aufzutreten), legte er einen Gegenentwurf vor. Die Vorschläge und das Gegenkonzept reichten so von zinsgünstigen Darlehen bis hin zu nicht rückzahlbaren Krediten an die Mitgliedsländer.

Zunächst erschien der deutsch-französische Vorschlag, als würde das Zwangskorsett des europäischen Fiskalpaktes aufgebrochen werden. Allerdings war davon nie die Rede, da es sich um einen befristeten Fonds für einen bestimmten Zweck handelt. Bundeskanzlerin Merkel betonte, dass die Coronakrise eine „außergewöhnliche, einmalige Kraftanstrengung“ erfordere. Einmalige Konjunkturpakete brechen nicht mit dem europäischen Fiskalpakt. Selbst die deutsche Bundesregierung als vehemente Verfechterin der neoliberalen Austeritätspolitik hat in ihrer Verfassung eine Verschuldungsmöglichkeit bei Wirtschaftskrisen vorgesehen – eine Option, die sich die Bundesregierung unter dem ehemaligen Finanzminister Wolfgang Schäuble offengelassen hat.

Frankreichs und Deutschlands Wirtschaft hängen stark von der Konjunktur der europäischen Mitgliedsländer ab. Die Unterstützung wird Produktion und Aufträge in den beiden Ländern wachsen lassen. Österreich, die Niederlande, Dänemark und Schweden hingegen haben kein großes Interesse an einer finanziellen Stärkung, da sie weit weniger von der Konjunkturlage in den südeuropäischen Staaten abhängig sind. Den Regularien der EU entsprechend, wonach alle EU-Regierungs- und Staatsoberhäupter zustimmen müssen, hat sich nach – selbst für Brüsseler Verhältnisse – langen Verhandlungsprozessen ein Kompromiss in Richtung einer Kreditgewährung mit einer anteiligen Bezuschussung finden lassen.

Der lang fällige Paradigmenwechsel hin zu einer gemeinsamen Schuldenaufnahme ist das Hilfspaket leider immer noch nicht. Die Einmaligkeit des Pakets wird stets betont. Auch wissend, dass die nun beschlossenen Gelder kaum ausreichen können, um die sich anbahnende schwere Wirtschaftskrise entscheidend abzufedern.

Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik

Es zeichnet sich stattdessen eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik ab, wie sie schon in Deutschland nach der Finanzkrise umgesetzt wurde. Die Abwrackprämie war eine solche Maßnahme. Die strukturellen Schwächen der Volkswirtschaften werden nicht behoben, die soziale Ungleichheit nicht reduziert und die notwendige ökologische Transformation der Produktionsindustrie nicht eingeleitet. Und Valdis Dombrovskis, Vizepräsident der EU-Kommission, machte zuletzt ganz deutlich, die Kommission beabsichtige, so bald als möglich wieder zu den harten Regelungen des Wachstums- und Stabilitätspaktes, also zur verheerenden Austeritätspolitik, zurückkehren zu wollen.

Ohne einen wirklichen Paradigmenwechsel jedoch wird es nichts Gutes. Diese Krise bietet schließlich auch die Chance, die Vorteile einer Währungsunion auszuspielen. Allerdings nur dann, wenn sie endlich vollendet wird. Wenn die Kommission nicht nur erkennt, die Voraussetzungen für den Wiederaufbau insbesondere in Südeuropa nach dieser Krise schaffen zu müssen, sondern dies eben auch will und durchsetzt. Alle Vorschläge, die die Mitgliedstaaten weiter verschulden (ob mit oder ohne Rückkehr zum Wachstums- und Stabilitätspakt), werden kontraproduktiv sein. Mit Wiedereinsetzung des Paktes würde dann dann die bisher schwerste institutionelle und finanzpolitische Krise der Union folgen. Ohne Investitionsprogramme und massive Hilfen wird es aber auch nicht gehen. Dies macht die gemeinsame Schuldenaufnahme tatsächlich alternativlos, wollte man nicht gegen den gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraum spekulieren.

Auch wenn der deutsch-französische Vorschlag ganz deutlich hinter dem eigentlich Notwendigen zurückbleibt, als Vorschlag zur Nothilfe wäre er positiv zu werten, auch wenn die grundlegenden Probleme damit noch nicht gelöst sind. Die „sparsamen“ Staaten haben zu den Verhandlungen um den Pakt allen zur Verfügung stehenden Einfluss ins Spiel gebracht, um die Gelder möglichst an Bedingungen zu knüpfen, und ihnen ist dabei viel gelungen, das – läuft der Pakt endlich an – noch Kopfzerbrechen bereiten wird. Aber eine Bedingung konnte nicht in den Pakt aufgenommen werden: Die Bindung der Gewährung von Mitteln an Rechtsstaatlichkeit und Demokratie im Empfängerland. Das war eine Forderung, wie sie unter anderem die Linksfraktion im Europaparlament erhoben hatte. Natürlich vor allem mit Blick auf Ungarn und auch auf Polen. Doch diese Bedingung, sie war nicht durchsetzbar im Europäischen Rat.

Die Wirtschaftskrise beginnt gerade

Zu hoffen bleibt nun, dass es endlich zu einer Vollendung der Währungsunion mit Einsetzung einer europäischen Wirtschaftsregierung und mit bedeutender Ausweitung des EU-Haushalts kommt. Die Wirtschaftskrise beginnt erst gerade und es wird noch manche Diskussion dazu geben. Und zu

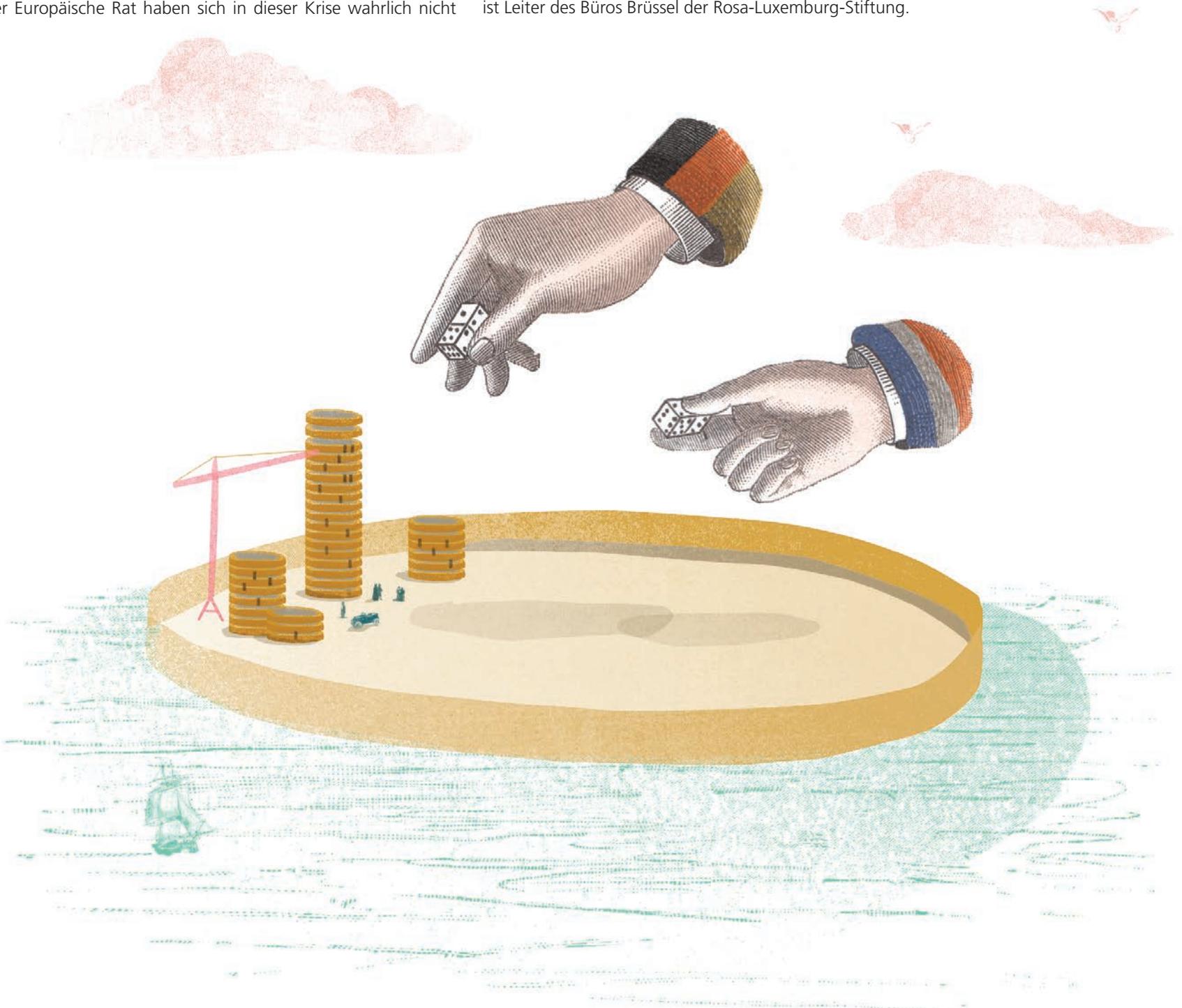
Der lang fällige Paradigmenwechsel hin zu einer gemeinsamen Schuldenaufnahme ist das EU-Hilfspaket leider immer noch nicht. Die Einmaligkeit des Pakets wird stets betont.

solchen Schritten gehörte dann auch die Auflage von Europäischen Staatsanleihen zur Finanzierung von Infrastrukturprogrammen in den Mitgliedsländern und die Aufhebung der Schuldenbremsen und Sparzwänge, um die öffentlichen Sektoren ausweiten zu können.

Nach wie vor können Pandemie und Wirtschaftskrise die EU in ihrem Zusammenhalt in Frage stellen. Dies wird dann geschehen, wenn in den besonders betroffenen Ländern der Eindruck fortbesteht, europäische Solidarität in Zeiten schwerer Krise ende, wenn es ums Geld ginge. Die Kommission und der Europäische Rat haben sich in dieser Krise wahrlich nicht

mit Ruhm bekleckert, über Monate erschienen sie in fast allen aktuellen Fragen wie abgetaucht. Und es mussten dann doch der französische Präsident und die deutsche Bundeskanzlerin sein, die einen – halbherzigen und auch nur halb erfolgreichen – Versuch unternahmen, den Gordischen Knoten doch noch zu zerschlagen. Ein zweites Versagen dieser Art in dieser Krise kann die EU sich gewiss nicht mehr erlauben.

Arif Rüzgar ist Programmleiter für Handel und Wirtschaft bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung. **Andreas Thomsen** ist Leiter des Büros Brüssel der Rosa-Luxemburg-Stiftung.



Ein Blick auf Frankreich aus linker deutscher Sicht

Politisch stellt Frankreich ein Laboratorium dar, in dem ähnliche Entwicklungen in Deutschland vorweggenommen wurden. Von **Heinz Bierbaum**

Für die Linke in Deutschland ist Frankreich sehr oft ein Vorbild im Hinblick auf Streiks und Arbeitskämpfe. So beeindruckt der heftige und Monate andauernde Widerstand gegen die Rentenpläne von Emmanuel Macron. Die Mehrheit der Bevölkerung stand und steht bis heute auf der Seite der Streikenden und ließ sich selbst von den Weihnachtsfeiertagen davon nicht abhalten. Eine Situation, die in Deutschland nur schwer vorstellbar ist. Auch die Bewegung der Gelbwesten hat bei aller Widersprüchlichkeit bei der Linken Bewunderung ausgelöst. Und in der Tat würde man sich eine derartige Militanz, Entschlossenheit und Ausdauer auch in den sozialen Auseinandersetzungen in Deutschland wünschen.

Bei näherer Betrachtung ergibt sich allerdings ein durchaus heterogenes und auch widersprüchliches Bild. So sind diese Auseinandersetzungen nicht immer erfolgreich. Der Streik der Eisenbahner*innen im letzten Jahr, der zunächst von den Gewerkschaften insgesamt unterstützt wurde, endete in einer Niederlage. Auch ist die jüngste Streikbewegung abgeflaut, ohne dass bisher die Rentenpläne Macrons verhindert worden wären. Dies ist bislang allerdings keine Niederlage. Denn erstens ist die Auseinandersetzung noch nicht zu Ende. Und zweitens – und dies ist noch viel wichtiger – verlor Macron nachhaltig an Zustimmung. Auch politisch ist das Resultat der militant geführten sozialen Auseinandersetzungen widersprüchlich. Dies zeigt sich insbesondere an der Bewegung der Gelbwesten. Zum Teil stark unterstützt von wenigstens einem Teil der Linken, tendierte diese Bewegung auch nach rechts, wobei es allerdings verkehrt wäre, sie als rechte Bewegung zu bezeichnen. Vielmehr hatte und hat sie keinen wirklichen politischen Repräsentanten, sondern verkörpert den Unmut mit der Politik Macrons und dem Gebaren der Eliten. Dies ist im Übrigen durchaus typisch für viele gegenwärtigen Bewegungen weltweit, die sich gegen die herrschende Politik richten, ohne dass sie eine klare politische Repräsentanz hätten.

Politische Erschütterungen

Die politische Landschaft hat sich in Frankreich in den letzten Jahren stark verändert und Entwicklungen vorweggenommen, die später sich dann auch in anderen europäischen Ländern ereignet haben. So ist das traditionelle Parteiensystem, das wesentlich durch zwei große Parteien auf der rechten und linken Seite geprägt war, zusammengebrochen. Die einstmals große Sozialistische Partei, die im Hinblick auf ihre Politik durchaus auch Referenzpunkt für viele linke Sozialdemokrat*innen war, ist nur noch ein Schatten ihrer selbst. Sie ist zu einer kleinen Partei mutiert, die fast nicht einmal mehr den Einzug ins Europäische Parlament geschafft hätte.

Erhebliche Federn lassen musste auch die konservative Partei Les Républicains. Stattdessen haben sich neue Bewegungen ergeben. Auf der rechten Seite Macrons En Marche!, die sowohl Teile der Sozialist*innen als auch Teile der Konservativen in sich aufnahm, und auf der linken Seite La France insoumise, wesentlich initiiert von Jean-Luc Mélenchon, beflügelt von seinem Erfolg bei den Präsidentschaftswahlen in 2017. Der Erfolg bei den Präsidentschaftswahlen, der von allen Linken begrüßt wur-

de, hatte allerdings auch die Kehrseite, dass Mélenchon damit praktisch den „Front de gauche“ und damit die Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und der „Parti de Gauche“ aufkündigte. „France insoumise“ war anschließend längst nicht so erfolgreich, wie man sich das erhofft hatte. Die ohnehin fragile Einheit der Linken war damit zu Ende. Beide Bewegungen sind keine Parteien im traditionellen Sinne, sondern wollen sich bewusst davon absetzen. Der Niedergang der einstmals großen und die Politik im Wesentlichen bestimmenden Parteien lässt sich auch in Deutschland beobachten, wo die Sozialdemokratie deutlich unter 20 Prozent liegt, wo aber auch die Christdemokrat*innen erheblich an Zustimmung verlieren. Freilich haben sich in Deutschland keine vergleichbaren Bewegungen wie in Frankreich herausgebildet. Der Versuch, mit „Aufstehen“ eine solche zu imitieren, misslang. Als außerordentlich stabil und an Zustimmung gewinnend hat sich die extreme Rechte in Frankreich trotz interner Probleme und auch Abspaltungen erwiesen. Der Front National, jetzt umbenannt in Rassemblement National, schickt sich an, stärkste Partei zu werden. Freilich ist dies kein rein französisches Phänomen, hat doch die extreme Rechte überall in Europa stark zugelegt.

Schwieriges Verhältnis unter Linken

Ähnlich wie in Deutschland erweisen sich die Grünen in Frankreich als eine an Bedeutung gewinnende politische Kraft. Sie profitieren von den großen ökologischen Herausforderungen, verkörpern aber in gewisser Hinsicht auch die Zivilgesellschaft und haben so wenigstens zum Teil das Erbe der Sozialdemokratie angetreten. Ein anhaltendes Drama in Frankreich ist die Entwicklung der Linken. Bis heute gelingt es nicht, die verschiedenen Kräfte der Linken zu einer politischen Alternative sowohl zu Macrons Politik als auch zur extremen Rechten zu vereinen. Dabei wäre der gemeinsame Kampf gegen Macrons Politik, der ja im Hinblick auf die Beeinflussung der öffentlichen Meinung und damit des politischen Klimas durchaus erfolgreich ist, ein guter Ausgangspunkt gewesen. Ansatzpunkte für ein verstärktes Bemühen sind durchaus vorhanden, wobei auch die Europäische Linke versucht, dies zu unterstützen. Da jedoch „France insoumise“ oft abseits steht und auf ihrer Eigenständigkeit beharrt, bleibt das Verhältnis unter den Linken insgesamt schwierig.

Zwar haben Kommunalwahlen ihre eigenen Gesetze, doch bestätigen die Ergebnisse der Kommunalwahlen diese Tendenzen. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass aufgrund der Coronakrise über die Hälfte der Wahlberechtigten erst gar nicht zur Wahl gegangen ist. Macron gelang es nicht, sich kommunal zu verankern. Zwar gab es einige Erfolge, doch ein Durchbruch war es nicht. Die extreme Rechte konnte ihre Bastionen verteidigen und auch ein Stück weit ihre kommunale Basis ausbauen. Die Sozialisten erlebten einen gewissen Aufschwung und gingen gestärkt aus den Wahlen hervor, wobei insbesondere der Sieg von Anne Hidalgo in Paris hervorzuheben ist. Der eigentliche Wahlgewinner waren jedoch die Grünen, die in wichtigen Städten wie Marseille oder Lyon nun den Bürgermeister stellen und auch sonst sehr erfolgreich waren. Bemerkenswert allerdings ist, dass sie vor allem dann Erfolg hatten, wenn es

Bei aller Bewunderung für die aktiv geführten sozialen Auseinandersetzungen und für die Entstehung von sozialen Bewegungen wie zunächst „Nuit debout“ und später dann „France insoumise“ dürfen auch die kritischen Seiten nicht übersehen werden.



zu breiten Bündnissen mit den Linken einschließlich der Sozialisten kam. Die Linke schnitt eher schwach ab. Es zeigte sich eben auch bei den Kommunalwahlen, dass die Linke zersplittert ist. Sie trat zwar zum Teil gemeinsam an, oft jedoch auch in Konkurrenz zueinander. Die Lehre aus den Wahlen ist, dass sie sich um eine verstärkte Zusammenarbeit bemühen muss.

Europa

Im Verhältnis Deutschland-Frankreich spielt die europäische Politik eine zentrale Rolle. Lange Zeit war die Achse Frankreich-Deutschland auch prägend für die europäische Entwicklung. Frankreich und Deutschland verbindet ein besonderes Verhältnis, was sich im Élysée-Vertrag von 1962 und in seiner Erneuerung in Aachen im Januar 2018 ausdrückt. Großes Aufsehen erregte Macrons Vortrag an der Sorbonne zu Beginn seiner Amtszeit, wo er ein Plädoyer für die Stärkung der Europäischen Union hielt. Er sprach von der Souveränität Europas mit eigenständiger Außenpolitik, eigenem Haushalt und Steuerhoheit, sogar einem europäischen Finanzminister, vor allem aber befürwortete er eine gemeinsame europäische Militärmacht neben der NATO. Auch in jüngster Zeit machte er sich politisch für Europa stark. Dies brachte ihm auch den Beifall von deutscher Seite und dabei besonders von der Sozialdemokratie ein. Freilich funktioniert die Achse zwischen Deutschland und Frankreich trotz der gemeinsamen Initiative von Macron und Merkel im Hinblick auf den europäischen „Recovery Fund“ nicht mehr wie zu Zeiten von Kohl und Mitterrand. So bestehen doch zum Teil erhebliche Differenzen. Die deutsche Seite ist sehr viel skeptischer bei der Stärkung Europas, insbesondere im Hinblick auf die Industrie- und Finanzpolitik, jedoch auch bei der Sozialpolitik. So warnte Annegret Kramp-Karrenbauer als CDU-Chefin vor einem „europäischen Zentralismus“. Auf der anderen Seite wird die von Macron geforderte militärische Stärkung Europas von der deutschen Regierung unterstützt, was sich im Vertrag von Aachen widerspiegelt, spielt doch dort die militärische Zusammenarbeit eine wesentliche Rolle.

Bei allen Differenzen ist jedoch eines unübersehbar: Weder Macron noch Merkel wollen die neoliberale Ausrichtung der EU ändern, auch wenn sie sich in der Covid-19-Krise um neue Wege in der Europapolitik bemühten. Ein Politikwechsel, wie von der Linken gefordert, steht nicht zur Debatte. Das jedoch wäre dringend nötig. Gerade die aktuelle Coronakrise zeigt

die verheerenden Auswirkungen der europäischen neoliberalen Austeritätspolitik. Die Politik der Kürzungen und der Privatisierungen hat die öffentliche Infrastruktur insgesamt und insbesondere eben das Gesundheitswesen erheblich geschwächt. Aber auch unter makroökonomischen Gesichtspunkten ist wegen der starken ökonomischen Ungleichgewichte ein Politikwechsel in Richtung öffentlicher Investitionen in den für die gesellschaftliche Entwicklung zentralen Sektoren notwendig. Dies gilt besonders angesichts der großen ökologischen Herausforderungen, wie sie insbesondere in der Klimakrise zum Ausdruck kommen. So bedarf es etwa umfangreicher Investitionen für eine andere Energie- und Mobilitätspolitik.

Solidarität

Frankreich ist und bleibt ein wesentlicher Bezugspunkt, gerade auch für die deutsche Linke. Es ist hilfreich, die dortigen sozialen Auseinandersetzungen und politischen Entwicklungen kritisch zu verfolgen. Politisch stellt Frankreich ein Laboratorium dar, in dem ähnliche Entwicklungen in Deutschland vorweggenommen wurden. Bei aller Bewunderung für die aktiv geführten sozialen Auseinandersetzungen und für die Entstehung von sozialen Bewegungen wie zunächst „Nuit debout“ und später dann „France insoumise“ dürfen auch die kritischen Seiten nicht übersehen werden. So wurde gerade von einem Teil der Linken in Deutschland der große Erfolg Mélenchons bei den Präsidentschaftswahlen im Hinblick auf seine Wirkungen für die soziale und linke Bewegung insgesamt überschätzt. Und auch was die Gewerkschaften angeht, so ist ihre Militanz in den Arbeitskämpfen ebenso wie die Wahrnehmung ihres politischen Mandats beispielgebend auch für derartige Auseinandersetzungen in Deutschland, doch sind die Gewerkschaften in Frankreich insgesamt schwach und betrieblich oft nur wenig erfolgreich. Wichtiger als die oft unkritische Bewunderung wäre jedoch eine praktische Solidarität mit den sozialen Auseinandersetzungen und den sie tragenden politischen und gewerkschaftlichen Kräften in Frankreich. Daran fehlt es. Gleiches gilt für die Friedensbewegung, wo es ebenfalls einer verstärkten Zusammenarbeit und eines gemeinsamen Widerstands gegen Militarisierungsbestrebungen durch die französische und deutsche Regierung bedarf.

Heinz Bierbaum ist Präsident der Partei der Europäischen Linken.



Kennenlernangebote...

9 für 9
9 Ausgaben für nur 9,00 Euro

nd.DieWoche testen

- 9 Samstage bequem frei Haus
- Lieferung endet automatisch
- kein Abo

Jetzt bestellen:
www.dasND.de/ndwoche
bzw.
www.dasND.de/kombiminiabo
(030)2978-1800

oder... **Kombi-Mini-Abo**

4 Wochen für nur 9,90 Euro

- Digital und immer verfügbar: im Web, als nd-App oder E-Paper
- Umfassend: das komplette »nd« online lesen

PLUS — Gedruckt: jeden Samstag nd.DieWoche in ihrem Briefkasten, einmal mit dem Wirtschaftsmagazin »OXI«

Abo endet automatisch

